„Anarchie ist nicht Chaos, sondern Ordnung ohne Herrschaft!"

AKTION

Anarchistische Zeitung

Nr. 2/81 – 30 Pfg.

Erscheint unregelmäßig. Herausgegeben und gemacht von libertären Leuten und Gruppen im Rhein-Main-Gebiet.

HEIßE NÄCHTE in Giessen

Möbelfirma ließ legal bewohntes Haus abreißen / Magistrat gibt Rückendeckung / Demonstrationen und kaputte Scheiben



Das ist absolut neu: wurden bisher in der Bundesrepublik immer häufiger Instandbesetzer – Leute also, die Wohnungen besetzen und wieder bewohnbar machen, die skrupellose Geschäftemacher und Verfassungsfeinde vergammeln lassen (Art. 14 GG) – von der Polizei brutal hinausgeprügelt, damit die Spekulanten die Wohnungen zerstören konnten, so ist jetzt in Gießen erstmalig ein Wohnhaus zerstört worden, in dem noch Menschen – normale Mieter mit einem Vertrag, wohnten. Die Arroganz der Macht rief tausende auf die Straße und beim verantwortlichen Spekulanten, dem Möbelhaus Sommerlad, gingen Schaufenster zu Bruch.

Halten wir uns nicht mit den chronologischen Details auf (die stehen ausführlich im Kasten nebenan: „Chronik der Giessener Ereignisse") – versuchen wir lieber einmal zu verstehen, was da passiert ist:

Stellen Sie sich mal vor, Sie kommen von der Arbeit oder vom Einkauf, und finden Ihr Haus halb abgerissen vor? Sie meinen, das wäre kaum möglich und ein schlechter Witz? Nun, dieser Witz hat letzte Woche in Giessen stattgefunden.

Da will ein Spekulant, das Möbelhaus Sommerlad, drei große, schöne, alte, billige, zentral gelegene Wohnhäuser abreißen, um dort eine Tiefgarage und noch ein Möbelhaus zu errichten („Möbel s t a d t Sommerlad"). Da sie vor Gericht keinen Erfolg hatten, schlug die kriminelle Vereinigung Sommerlad/ Magistrat/Polizei/Abbruchunternehmer zu und machte kurzen Prozeß: die Wohnungen wurden einfach abgerissen – „aus Versehen beschädigt", wie es später heißt.

Nun läuft ein allzu bekanntes Wechselspiel ab, ein Lehrstück in Arroganz der Macht, in der Bauamt, Magistrat, Polizei und die heimische Presse alle ihre Schmierenrolle spielen. Das Bauamt versichert zunächst, daß das Haus erhalten werden wird, nur um die Gemüter zu beruhigen. Das Amtsgericht liefert einen Beitrag zur Farce, indem es eine einstweilige Verfügung gegen Sommerlad erläßt, dahingehend, das Haus zu erhalten und den Zugang für die Bewohner zu sichern – eine Verfügung, an die sich niemals jemand zu keinem Zeitpunkt halten wird – weder der Magistrat, noch das Bauamt, noch die Polizei noch der Bürgermeister. Stattdessen erklärt nun das Bauamt, das Haus müsse leider wegen Baufälligkeit abgerissen werden. Diese Entscheidung fällt auf einem Ruck-Zuck-Lokaltermin des Gerichtes, während die Polizei den Vertreter der Hausbewohner, Rchtsanwalt Roth, mit Gewalt an der Teilnahme hindert.

Was hier geschah ist praktizierter Terrorismus im Sinne des Wortes. Angeblich leben wir in einem Rechtsstaat. Wir Anarchisten sind zwar diesem Märchen nie aufgesessen, aber nehmen wir einmal an, es wäre so, so haben hier Staat, Stadtverwaltung und ein reicher Unternehmer auf ihr Recht geschissen. Der Rechtsstaat gilt nur immer für die Leute unten auf der sozialen Pyramide – die "oben" können es ganz nach ihrem Belieben biegen und brechen.

Warum gingen Sommerlad und der Abbruchheini nicht in den Knast oder auf die Wache? Wenn ich aus Jux eine Scheibe einschmeiße, geschweige denn ein Haus zerstöre – mal sehen, was dann mit mir passiert, und was die Polizei mir sagt, wenn ich sage, das wäre „aus Versehen" geschehen... Warum wird Sommerlad nicht gezwungen, den vorherigen Rechtszustand, den er brach, wiederherzustellen und das Haus wieder aufzubauen? Jeder normale Bürger muß das tun. Warum ging die Polizei, als sie gerufen wurde, gegen die Schaulustigen und Protestierer vor anstatt gegen die Häuserdemolierer? Warum braucht Sommerlad keine Erlaubnis für Zweckentfremdung von Wohnraum wie jeder andere???

Antwort: Weil unser Rechtsstaat eine taube Nuß, eine fromme Fiktion des Staates ist, um seine Macht zu erhalten. Der Staat diskutiert nicht über Gewalt – er praktiziert sie und gießt sie in Gesetze.

Daß so einfach mit Geld, Politik und einem Bagger Recht gebrochen werden kann, macht uns klar, daß es kein Recht gibt. Es gibt nichts mehr, was das Grundbedürfnis eines jeden Menschen, nämlich ein Dach über dem Kopf, schützt. Wir müssen den Schutz unseres Wohnraums, unserer Lebensbedürfnisse, wir müssen unsere Zukunft und unser Glück – kurz: unser Leben – in die eigenen Hände nehmen.

Diejenigen, die dies in Gießen in der letzten Woche ansatzweise taten, waren dann die Protagonisten in der offiziellen Lokalpresse. Nicht vom Unternehmer Sommerlad, der Terror, Chaos und Zerstörung verbreitet, nicht von seinem Komplicen, dem Magistrat war die Rede, sondern von angeblichen Straßenschlachten (die nie stattfanden) war die Rede, von gelegten Bränden (ein Lagerfeuer zum aufwärmen!) und von angekarrten Schlägertrupps) damit können n u r die Polizisten gemeint sein!) Wieder einmal ereiferte sich die Bürgerseele in der Presse über die „sinnlose Zerstörung" durch die Demonstranten die Sommerlad ein paar Abbruchsteine in die heile Welt seiner Schaufenster warfen. Stellvertretend für alle der Wetzlarer Kommentator Welmut Will, der meinte, daß es doch zu weit gehe, wenn in Gießen Gebäude beschädigt würden. Die Absurdität ist nicht mehr zu überbieten – er meint nämlich die kaputten Fensterscheiben bei Sommerlad. Von den Trümmern eines Wohnhauses sprach er nicht.

Hinweis: Der Stammtisch der Wetzlarer Anarchos ist nicht mehr im Minos, sondern im Haus der Jugend. Jeden Dienstag um 20 Uhr.



'Kronstadt' Kongress

Vom 18.-20. März fand in Berlin der zweite anarchistische 'KRONSTADT-KONGRESS' statt.
Am ersten Abend fand eine Veranstaltung zu Kronstadt, und zur Situation der Anarchisten damals und heute statt. Leider lief die Diskussion recht kontrovers ab. Nach der Einleitung ging es dann auch kreuz und quer durch alle interessanten Themen.



Am nächsten Tag begannen die Arbeitsgruppen - Häuserkampf, Arbeiterbewegung, Anarchismus und Organisation...,- durchzuackern. Ihre Ergebnisse werden bald im Kronstadt-Info erscheinen.
Auf dem Kongress ist noch einmal klar geworden, in welch bescheidener Form die Koordination untereinander erst vorhanden ist. Genau hier sollen regionale Treffs die Misere beseitigen (siehe 'kurzes') und eine Verbindlichere und kontinuierliche Zusammenarbeit ermöglichen. Eine Organisation, wie einen Hut aufsetzen, wollte sich kaum jemand.
Abschließend bleibt die Frage, warum wir immer mehr werden, an unserer Arbeit kann es doch nicht liegen?

Brokdorf:

ANKLAGE WEGEN MORDVERSUCH

Am 28.Februar fand in Brokdorf eine (verbotene) Demo gegen das AKW Brokdorf und alle anderen AKWs statt. An dieser Demo nahmen über 100.000 Menschen teil.

Vor einigen Wochen erschien im 'STERN' ein Foto, auf dem drei Demonstranten auf einen Uniformierten einschlagen. Dieses Foto hat außer Empörung bei einigen Leuten, auch zu zwei Festnahmen wegen MORDVERSUCH geführt. Das Foto, aus dem Zusammenhang gerissen wie im STERN, stellt die Situation an diesem Graben jedoch in ein total verkehrtes Licht. Der verprügelte Polizist ist nicht von bösen Demonstranten überfallen und 'niedergemacht' worden, sondern gehörte zu einer Gruppe SEK'lern, die knüppelschwingend auf friedliche Demonstranten losgingen. Der Beamte Schütt tat sich dabei, laut Taz ganz besonders hervor, nur halt im Übereifer einen Schritt zu weit - in den Wassergraben....
Auf der Foto-Serie die die Taz abgedruckt hat, ist der Grund für das Draufschlagen der Demonstranten klar ersichtlich.
Die Presse, die sich über die fünf Schläge auf den Helm des SEK'ler so schrecklich aufregt, hat die Bilder die in kurzer Entfernung aufgenommen wurden nirgendwo abgedruckt. Dort war nämlich die übliche Szene zu sehen, wie 6,7,8 oder mehr Uniformierte mit ihren langen Knüppeln auf einen - am Boden liegenden, wehrlosen - Menschen einprügelten. Hoffentlich hatte er/sie einen Helm auf!
Auf dem ersten Nachbereitungstreffen der Frankfurter Atom - Gegner wurde, in der Gegendarstellung zu der Kriegsberichterstattung über Brokdorf, ganz klar erklärt, daß wir die Verhafteten nicht alleine lassen werden. Hier sollten wir weiter machen, egal ob jemand von den Verhafteten nun 'schuldig' ist oder nicht!

FREIHEIT FÜR MARKUS UND DEN ANDEREN VERHAFTETEN!

SPANIEN

nach dem Putschversuch

In Spanien fand im Februar ein Putschversuch ultrarechter Militärs statt. Während in den Medien – auch bei uns – der König als Retter der Demokratie gefeiert wird und das Ganze ansonsten als Operettenputsch einiger überdrehter Militärs abgetan wird, sieht es hinter den Kulissen viel düsterer aus. Schon im November letzten Jahres reisten hohe spanische Militärs in die USA und sprachen mit der (künftigen) Reagen-Administration. Offenbar holten sie sich hier ihren Segen. Hinter dem Putsch standen in Spanien potente Geldgeber, u.a. Madrider Banken. Daß der Putsch scheiterte, war mehr dem Zufall als einem entschlossenen Widerstand zu verdanken, was die Dekadenz der spanischen Arbeiterbewegung im Schlepptau von DGB-inspirierten Gewerkschaften widerspiegelt. Aber: dies war nicht der letzte Putsch. Schon zirkulieren in Madrid ultrarechte Flugblätter, daß der nächste "Golpe" bald käme. Und dann wäre er besser vorbereitet, und der „Verräter" Juan Carlos würde dabei auch draufgehen... Als in Spanien das Parlament von der Guardia Civil besetzt wurde, zogen randalierende ultrarechte Gruppen in Madrid auf die Straße. Sie hatten detaillierte schwarze Listen von Linken bei sich, die offenbar liquidiert werden sollten. Höchste Zeit also, aus den Fehlern zu lernen und die Konsequenzen zu ziehen. In Spanien allerdings wird – wie schon beim Putschversuch Ende 1979 – wieder einmal nicht hart durchgegriffen. Auch Allende erlebte vor seinem Tode zwei Versuche eines Putsches.

¡Es lebe der König!

¡Viva el Rey!

Im November stieg in Spanien der erste Versuchsballon: die 'Operation Galaxia'. Es war ein Putschversuch der spanischen Militärs gegen die neue Regierugnsform nach Francos Tod, „Demokratie" genannt. Er wurde vereitelt, aber die Anführer, General Atares Pena und ein gewisser Coronel Tejero, bekamen einige Zeit Hausarrest und wurden am Ende gar noch befördert. Alles blieb beim Alten...

Damals schrieben wir in der Nr. 19 unserer Zeitschrift "impulso", daß es sich um den "ersten Versuch" handele, und daß die spanischen Militärs einen weiteren Versiuch – diesmal aber besser vorbereitet und ernsthafter geplant – unternehmen würden.

Genau das ist geschehen.

Ganz einfach so. Die Parlamentsdemokraten vertrieben sich die Zeit mit neckischen Spielchen, mit Kontakten zu den "Autoritäten", mit ihrem regelmäßigen Erscheinen in der Presse und einem fürstlichen Leben. Nun, nicht gerade so königlich wie der Hampelmann im Zarzuela-Palast (gemeint ist König Juan Carlos – Red.), der seinerzeit auf die „Grundgesetze" Francos schwor und sich über nachtin einen „Demokraten für's ganze Leben" verwandelte.

Die spanischen Militärs waren's nicht zufrieden, denn außer ihrem guten Leben – besser als jemals zuvor – verlangen sie, daß die Bevölkerung ihnen Ehre zollt. Die alten chauvinistischen Kasten des bejammernswerten Hispaniens wie ihre verhaßten "Guardias Civiles" oder solch martialische Familien wie die Milans del Bosch werden nicht auf die absurden und anachronischen Privilegien verzichten, die sie seit unerdenklichen Zeiten genießen.

Aber dennoch ist es nicht das merkwürdige an einer in ausländischen Unternehmungen so glücklosen Armee wie der spanischen. Wichtiger ist hier, festzustellen, wer denn diesen mißglückten Putsch in Spanien finanziert hat und wer die Drahtzieher sind. Irgendein Hurensohn hat 36 Millionen Peseten beigesteuert, ohne daß sein Name bisher bekannt geworden wäre. Und weiter: wieviele Militärs und welche standen hinter dem Putsch?

Die Arrestierung (die sehr locker gehandhabt wird) von vier in den Putsch verwickelten Generälen, ist nichts weiter als eine Pantomime, ein Kasperletheater gegenüber dem spanishen Volk. Denn dahinter stecken bedeutend mehr... Der Putsch war minutiös in vier Phasen vorbereitet: 1.) Die Besetzung des Parlaments durch den Obersten Tejero und seinen 200 verhaßten Guardias Civiles. 2.) Der Generalpitän der III Militärregion, General Milans del Bosch, sollte sich gegen die Verfassung (nicht gegen den König!) erheben und in Madrid durch den General Armada zum Staatschef ausgerufen werden, was dann aber in Wirklichkeit Tejero im Parlament tat. 3.) Die Panzerdivision Brunete sollte Madrid besetzen (was teilweise sogar geschah) und eine Reihe hoher Militärs sollten sich zum König begeben und ihn vor vollendete Tatsachen stellen und ihn auffordern, sich an die Spitze der Erhebung zu stellen. 4.) Schließlich sollten sich die restlichen Militärregionen dem Putsch anschließen. (Die von Zaragoza, Sevilla und Valladolid zögerten mehrere Stunden!)


Ein reaktionäres Fossil: General Milan del Bosch.

Die erste Phase lief perfekt ab. Auch die zweite in der Militärregion von Valencia. Die dritte Phase traf auf Schwierigkeiten, wodurch sich die vierte nicht realisieren konnte. Warum scheiterte die Erhebung in Madrid? Die Presse berichtet einstimmig, daß es der König gewesen sei, der den Putsch zum Stillstand brachte. Das ist, wenn überhaupt, nur ein Teil der Wahrheit. Zwischen 18.30 Uhr, als das Parlament besetzt wurde und Juan Carlos' Entschluß, gegen 10 Uhr nachts als "Demokrat" aufzutreten, vergingen lange Stunden des Zweifels bezüglich seiner Haltung zum Putsch. In dieser Zeit erwog der König sorgsam die Folgen, die der Staatsstreich für ihn und für die Krone haben könnte. Er telefonierte mit seinem Vater, dem alten Fuchs Juan de Borbon, der in Estoril (Portugal) residiert, sowie mit anderen Vertrauten Beratern. Die Ratschläge, die man ihm erteilte, waren ziemlich klar. Angesichts der allgemeinen Gefühle des spanischen Volkes, daß gerade eine vierzigjährige Militärdiktatur hinter sich gelassen hatte, angesichts der internationalen Konsequenzen und dem geplanten Eintritt in die EG, der Möglichkeit von Protesten auf allen Ebenen ging man davon aus, daß das Militärregime sich nicht lange würde halten können. Sich an dessen Spitze zu stellen hieße, die Krone aufs Spiel zu setzen – während, wenn er sich als "König der Verfassung" darstellte, ihn das zwar im Moment seine Entthronung kosten könnte, ihn aber über kurz oder lang die Rückkehr als "König der Demokratie" sichern würde.

Die meuternden Generäle sahen sich also einer unerwarteten Schwierigkeit gegenüber. Mit diesen neuen Aspekten hatten sie weder gerechnet, noch hatten sie irgendwelche alternativen Pläne in ihren Kasernenstrategien ausgearbeitet. Die spanischen Militärs sind sehr dumm und es fehlt ihnen an Fantasie, was immerhin recht positiv zu bewerten ist. Für sie liegt die Lösung stets bei den Panzern und nicht unter der Schädeldecke. Und so ist ihnen zum Glück ihr Putsch auch geraten.

Von diesem gescheiterten Staatsstreich muß man einige Lektionen lernen:

– 1. Das Fehlen jeglicher Mobilisierung im Volk, um den Putsch zu stoppen.

– 2.Das spanische Parlament ist außerordentlich jämmerlich. Es ist nicht mal eine schlechte Kopie eines wirklichen Parlaments, die Geschichte wird ihm mit Bedauern und Spott gedenken.

– 3. Die Armee erhält nach wie vor in einer Art von Abkommen mit den jeweiligen Regierungspolitikern die Macht. Diese Politiker führen im Namen der Demokratie das aus, was die Militärs ihnen vorschreiben.

– 4. Es wurde nicht der geringste Versuch unternommen, die Soldaten für's Volk zu gewinnen und zu organisieren, damit sie in Momenten wie diesen ihren Vorgesetzten die Befehle verweigern. Es ist eine dringede Aufgabe, in den Kasernen antimilitaristische und revolutionäre Ideen zu verbreiten, um jeden weiteren Putsch zu verhindern. Die Schicht der einfachen Soldaten müssen zum wichtigsten Verbündeten der Arbeiter und Bauern und anderer unterdrückten Schichten des Volkes werden. Auch die Soldaten sind Arbeiter und sie sind noch stärker unterdrückt als alle anderen Individuen. Der Militärdienstist dem Knast am ähnlichsten.


König Juan Carlos brauchte 8 Stunden um die Uniform anzuziehen und im Fernsehen zu sprechen!

– 5. Die Politiker der „parlamentarischen Linken" sind außerordentlich feige, und anstatt vorzutreten und die Dinge beim Namen zu nennen und große Massenmobilisierungen einzuberufen, umarmen sie sich mit der Rechten und „empfehlen" der Basis ihrer Parteien Zurückhaltung und Vorsicht. Noch in derselben Nacht des Putsches nahmen in Madrid Delegierte der C.N.T. (Confederacion Nacional del Trabajo – anarchistische Gewerkschaft – Red.) Kontakt mit anderen linken Gewerkschaften und Parteien auf, um gemeinsame Aktionen zu beraten und durchzuführen. Dies wurde unter dem Hinweis abgelehnt, es gälte jetzt „Ruhe zu bewahren" und „abzuwarten". Selten wurde klarer, um was für verräterische und selbstgefällige Arbeiter - v e r t r e tee r es sich hier handelt. Ihnen ist an der Einheit der Arbeiterklasse nicht gelegen, sondern nur an der Erhaltung ihrer Privilegien.

– 6. Die Krone, der König, hat geschwankt. Nach der ersten pro-monarchistischen Euphorie setzt die Ernüchterung ein. Der König selber hat mit den wichtigsten spanischen Politikern klar gesprochen. Bei einem weiteren Staatsstreich könne er, der König, nicht für eine Niederschlagung des Putsches garantieren.

Und damit sind wir wieder am Anfang: Wir können uns nicht auf die Zufallsentscheidungen von Königen, Parlamentariern oder Parteien verlassen. Wir können nicht auf ihre Gnade angewiesen sein. Was wir tun müssen ist, uns in der Arbeiterschaft weiter zu organisieren, uns vorbereiten, autonome Gruppen und Basiszellen in Fabriken, Stadtteilen und überall dort zu schaffen, wo es möglich ist, die uns zur antifaschistischen Selbstverteidigung verhelfen. Man muß mit der Parteidisziplin – und sogar mit der Gewerkschaftsdisziplin – brechen, wenn diese sich als kolaborationistisch erweisen. Man muß sich


Diese Anarchisten sind...


...verdächtige, gefährliche Tiere...


...die wollen uns Alle in die Luft sprengen...


...und unsere Zahnbürsten verstaatlichen...

FERKELEI

ein für allemal von der offiziellen Politologie der Herrschenden befreien und an unsere Interessen als Klasse von Unterdrückten denken! Man muß gemeinsame Aktionen aller sozialen Randgruppen und Betroffenen auf die Beine stellen – unabhängig von deren politischer Führung. Nur so können wir sicherstellen, daß nicht in naher Zukunft ein neuer Militärputsch triumphieren wird. Aber all dies muß jetzt sofort in Angriff genommen werden, da es in der Vergangenheit versäumt wurde. Und nebenbei werden wir damit noch etwas sehr wichtiges gewinnen: wir ersetzen die Entscheidungen von Militärs und Berufspolitikern durch unsere Entscheidungen, die Entscheidungen von frei organisierten Arbeitern. Genau dies ist der Weg zu einer anderen Gesellschaftsform.

Die Situation ist schlimmer als sie ohnehin erscheint. Ein weiterer Staatsstreich nach cilneischem oder türkischem Modell kann sich zu jedem Augenblick wiederholen. In der Tat hat Calvo Sotelo, gegenwärtiger Ministerpräsident Spaniens, „versichert'', daß sich kein weiterer Staatsstreich „Im Frühjahr oder im Sommer'' wiederholen wird. Unter welchen Bedingungen wurde denn der nächste Staatsstreich verschoben? Was weiß die Regierung, und was hat sie, die rechten Christdemokraten, mit der Planung eines neuen Putsches zu tun? Was haben Regierung, der König, die „demokratischen Institutionen'' zu melden? Was, zum Teufel, haben die schlauen Spanier gewählt, wenn später die verwegenen Militärs doch tun, was sie wollen? Das Damokles-Schwert hängt weiter über unseren Köpfen. Das einzige ernstzunehmende Hindernis für putschende Militärs sind kämpferische, organisierte Arbeiter.

—Juan Candelas—

WETZLAR:

WAS WIRD AUS DER PUDDINGSCHULE?

In Wetzlars Altstadt steht ein bekanntes, traditionsreiches Gebäude leer. Es beherrscht eine der letzten, von der Sanierungspolitik des Magistrats verschont gebliebenen Stadtteile mit winkligen Gassen und schiefen Häuschen. Die Rede ist von der ehemaligen „Käthe-Kollwitz-Schule'', im Volksmund kurz „Puddingschule'' genannt.

Seit die Schule in das neue, bombastische Großschulzentrum am Hallenbad umgezogen ist, gammelt der große, verschachtelte Komplex vor sich hin. Und seit einiger Zeit ist eine Diskussion entbrannt, die zunächst klammheimlich im Bauausschuß lief, später dann immer öffentlicher wurde. Ein stadtbekannter Apotheker stellte schon vor einiger Zeit den Antrag, das ganze Gebäude abzureißen, und dort Eigentumswohnungen zu errichten – die wollte er dann auch gleich finanzieren. Obwohl der Antragsteller in der CDU und im Bauausschuß sitzt, wurde der Antrag seinerzeit abgelehnt. Seither wechseln sich die Gutachten ab: Mal ist das Gebäude historisch, man abbruchreif, mal erhaltenswürdig, mal von mangelhafter Bausubstanz. Den einschlägigen Erfahrungen in Wetzlar megäß, sind aber alte Bauten immer so lange erhaltenswürdig, wie sich kein finanzkräftiger Investor für einen Neubau findet...

Nun schlägt das Pendel mal wieder in Richtung Abriß aus. Das zynische Argument: Wohnungsnot. Die besteht in Wetzlar allerdings, aber ob gerade an diese, zentrale und von hohem Wohnwert gekenn-



zeichnete Stelle Sozialwohnungen errichtet werden (wie man derzeit versichert) ist mehr als zweifelhaft. Das Gegenbeispiel steht gleich nebenan: in den modernen, neuen Miet-Terassenhaus neben der Puddingschule und direkt an der Avignonanlage hieß es seinerzeit auch, es entstünden billige Sotialwohnungen. In Wirklichkeit waren sie aber schon ausgemauschelt, gekauft und untervermietet, als das Haus noch nicht mal fertig war. Für die normalen Wohnungssuchenden mal wieder nichts – für besser betuchte Einkommen, ein preiswertes Haus in schönster Lage.

Hinzu kommt noch, daß das ganze winklige Gassengebiet um die Puddingschule mit diesem Gebäute steht und fällt. Wenn hier erstmal Betonsaniert wird, wie anderswo in Wetzlar auch. dann kommen auch die alten, winkligen und immer noch billigen Giebelhäuschen der Umgebung unter den Bagger. So ist der Abriß der Puddingschule weder städtebaulich noch sozial zu vertreten.

Was aber soll aus der Puddingschule werden? Die Stadt lamentiert einerseits, daß die Renovierungskosten und der Ausbau zu teuer würden. Auf der anderen Seite heißt es, daß das Gebäude für Wohnungen schlecht geeignet sei. Beides trifft bedingt zu, beweist aber nur den Mangel an einem alternativen Nutzungskonzept seitens der Behörden.

Nun gibt es aber in Wetzlar einen uralten und anerkannten Mangel an alternativer, selbstverwalteter Kultur. Einzig das Haus der Jugend, in städtischer Regie und mit seinen altbekannten Konflikten mit der Magistratsbürokratie, soll alle die vielfältigen Funktionen alternativer Kultur und Kommunikation erfällen, und ist damit völlig überlastet. Bei den Jugendlichen macht sich Unmut darüber breit, daß sie als Art Lückenbüßer-Volkshochschule herhalten müssen... Andererseits gibt es sicher über ein dutzend guter und ernstzunehmender Ansätze, die in Wetzlar keine Räume haben. Angefangen vom Verein Kommunales Kino, dem Arbeitskreis gegen Kernenergie, einer Filmwerkstatt, einem Büchercafe, Druckerei, einer Regionalzeitung, dem Jugensozialwerk, Ausländergruppen, der Arbeitsgruppe Städtebau usw. usw. leiden alle an Raummangel. Die Stadt hat hier wieder ihre gute Ausrede parat: sie würde ja gerne helden, hat aber kein Geld und keine Räume.

Bitteschön: Hier ließe sich, wenn man Stadt und Parteien ernst nimmt, mit einem Schlag zwei Probleme lösen: Die Puddingschule zu einem autonomen Kulturzentrum machen. Dann wäre die Frage der ungewissen Nutzung erledigt (die teure Renovierung durch Firmen könnte hauptsächlich ein billigerer Eigenregie erfolgen) und die Stadt hätte die Probleme der autonomen kulturellen Gruppen gelöst. Ein selbstverwaltetes Kulturzentrum in Wetzlar tut dringegnd not, das wird wohl niemand bestreiten, der sich jemals ernsthaft mit dieser Materie befaßt hat.

Um das Zentrum mit Leben zu erfüllen, könnten und sollten im Obergeschoß auch ein paar billige Wohnungen für wohnungssuchende junge Leute eingerichtet werden, am besten für Leute, die im einzelnen auch etwas mit den Projekten zu tun haben.

Wenn die Lolakpolitiker zu dem stehen, was sie sagen (weniger poliische Bevormundung, eigenständige, selbst hadnelnde Bürger und eine sinnvolle Verwendung der Schule), dann müssen sie jetzt Farbe bekennen.

Es wäre daher sehr sinnvoll, wenn sich zunächst einmal alle interessierten Einzelpersonen, Initiativen und Gruppen zusammenfinden würden um ein gemeinsames Konzept zu erstellen. Die Gründung eines gemeinnützigen e.V. wäre zu überlegen, die dann mit der Stadt Nutzungsverhandlungen aufgrund konkreter Konzepte anstellt und die Bevölkerung eingehend informiert.

Alle Interessenten sind herzlich eingeladen. Kontakt: über den Lahn-Dill-Boten, die Galerie-Werkstatt oder den Anarchostammtisch Dienstags, 21. Uhr im Haus der Jugend. ■

Kommentar:

WER SCHÜTZT UNS VOR DEM STAATSTERROR?

Franz Josef Strauß hält die Demonstranten, die in Nürnberg gegen die Räumung und Zerstörung astreiner Häuser auf die Straßen gingen (siehe Nr. 1 der AKTION!) den „Kern eines neuen Terrorismus". Der Mann ist offenbar der deutschen Sprache nicht ganz mächtig, denn „Kern" bedeutet ja wohl das Zentrum, die harte Mitte. Und Bayerns Innenminister bringt es fertig, eine ganze Demonstration – fast 150 Leute – pauschal zu verhaften. Hinterher sollen sie dann ihre Unschuld beweisen! Das stellt in der Tat selbst die morbide Moral des Staates auf den Kopf. Aber in diesem Kopf des Staates scheint ja ohnehin nichts in Ordnung zu sein,

Da wird der Terrorist (nämlich der Staat) zum Retter von Ordnung und derjenige, der sich gegen den Staat wehrt, der für menschliche Zustände, für die Anarchie eintritt, zum brutalen Popanz aufgebaut.

Wer ist denn Terrorist, was ist denn Terror? Sind leerstehende Profitwohnungen kein Terror? Ist Menschenjagd von mit langen Knüppeln, Giftgaswasserwerfern, Helmen und Schilden ausgerüsteten Terror-Gruppen (sprich: die Polizei) kein T e r r o r ?. Terror bezeichnet das systematische, brutale Vorgehen mit dem Ziel, Menschengruppen in Angst und Schrecken zu versetzen. In Mannheim schlugen kürzlich Polizeihorden einem Demonstranten bei einer Häuserräumung mit ihren, fast 1,80 m langen Prügelstangen, beide Beine kaputt. Ist das kein Terror?



Und da verlangt die perverse Argumentation des Staates und ihrer Bluthunde noch eine Verschärfung der Ausrüstung: Gummigeschosse und Brechmittel in die Wasserwerfer. Zum letzten wäre zu sagen, daß der Anblick der Bullen allein schon genug Brechreiz verursacht – zu den Gummigeschossen ist zu bemerken, daß in Spanien, Lateinamerika und den USA, wo sie ständig eingesetzt werden, sie schon dutzende von Todesopfern forderten. Hinter diesem niedlichen Wort steht nämlich ein abgeschossener, massiver Gummiball. Trifft er z.B. auf die Herzgegend, ruft er einen Schock der Blutgefäße hervor, der zum Herzstillstand führen kann, also zum Tod. Trifft er ins Gesicht, zerfetzt er Augen, Mund, Nase...

Und die Demonstranten ihrerseits sollen künftig ohne Helme erscheinen. Als ob Helme eine Waffe wären. Helme sind ein S c h u t z gegen die, die sich seit jeher das Privileg anmaßen, auf Menschen einzuschlagen und zu schießen. Wenn jemand an der Arroganz ihrer Macht rüttelt, drehen sie durch und erlassen neue Demonstrationsgesetze.

Nur gut, daß sich immer weniger Menschen um die Gesetzte der Herrschenden kümmern.

—el cojo—



CNT AIT

GEGEN FASCHISTISCHEN PUTSCH HELFEN NUR KÄMPFERISCHE ARBEITER!

Als 1936 Francisco Franco Bahamonde und andere Generäle ihren Militäraufstand verkündeten, vergingen keine zwei Stunden, und die in der CNT und UGT organisierten Arbeiter waren auf der Straße. Mit Steinen und Pistolen, alten Flinten und großem Heroismus stürmten sie die Kasernen und schlugen den Aufstand nieder, entwaffneten die Soldaten und verhafteten deren Anführer.

Nur in den Gegenden, wo die revolutionäre Gewerkschaftsbewegung schwach und der reformistische Kurs vorherrschte oder gar keiner, hatte der Putsch Erfolg.

Der kürzliche zweite Versuch eines Militärputsches in Spanien zeigt erneut das totale Fehlen von Vorbereitung und revolutionärem Geust in den sogenannten „Mehrheitsgewerkschaften".

Man darf nicht von der Gnade der Militärs und Politiker abhängen. Die die Freiheit wollen, müssen sie sich nehmen, und dürfen nicht der angeblichen Treue von Königen, Militärs und Politikern trauen.

ES LEBE DIE REVOLUTIONÄRE GEWERKSCHAFT!
NIEDER MIT ALLEN DIKTATUREN!

(Ortsgr. Wetzlar, 24. 2. 81)







Über uns:

Wir sind Anarchisten.
Das bedeutet, daß wir für ein System der Freiheit für Alle eintreten.
Denn: An-Archie heißt Herrschafts-Losigkeit. Generationen von Feinden der Freiheit haben alle Anstrengungen unternommen, Anarchismus als Terror, Gewalttätigkeit, Chaos und Zerstörung hinzustellen.

Nichts ist falscher.

Unser Ziel ist die Verwirklichung einer Gesellschaft, in der es keine Herrschaft, keine Ausbeutung und Unterdrückung mehr gibt.

Abschaffung des Kapitalismus und Aufbau einer freien Gesellschaft, in der es keine zentrale Macht mehr gibt und in der das Prinzip der freien Vereinbarung und das System der freien und jederzeit abwählbaren Räte uneingeschränkt gelten, sind unsere Forderungen.
Wir sind dabei nicht versponnen oder utopisch, sondern haben bestimmte Vorstellungen darüber, wie diese Gesellschaft organisiert sein soll - und wie sie organisiert w a r, denn die Anarchie hat in unserem Jahrhundert bereits in mehreren Ländern über Jahre existiert -und funktioniert.

Insofern sind wir Sozialisten im besten Sinne des Wortes.

Ebenso konsequent jedoch, wie wir den Kapitalismus kritisieren, stehen wir dem autoritären Kommunismus gegenüber und somit jenen verbrecherischen Systemen, wie z.B. in der UdSSR bestehen, wo der Größenwahn und die Kleinkariertheit einer Partei die Sache des Volkes im Blut ertränkt hat.

Wir brauchen zur Befreiung keine Partei - im Gegenteil. Ihr verkalkter Apparat kann uns nur hinderlich sein; unsere Mittel der Befreiung sind:
Aufklärung, Agitation und direkte Aktionen der Unterdrückten gegen ihre Unterdrücker, d.h.:
SELBSTORGANISATION UND SELBSTVERWALTUNG IN ALLEN GESELLSCHAFTLICHEN BEREICHEN!

Kontakte: zu Gruppen und Leuten aus dem Rhein-Main Gebiet — hier gibts auch die AKTION!

FRANKFURT – Auch Redaktionsadresse und Vertrieb: *I.FAU/AFF c/o, Postfach 550455, 6000 Frankfurt/M. 50*
WIESBADEN: *Postlagerkarte 0 62 0 32A 6200 Wiesbaden*
HANAU: *c/o KOZ, Friedrich-Ebert-Anlage 4, 6450 Hanau*
DIEBURG: *c/o Wolfgang Weber, Postfach 1211, 6110 Dieburg*
WETZLAR: *Helmut Wieworra, Konrad Adenauer Promenade 12, 6300 Wetzlar*
GIESSEN: *Sabine Müller, Marktstraße 2, 6300 Gießen*
LIMBURG: *Lutz Krekel, Auf dem Hügel 6 6255 Dornberg 4*
HERBORN: *Stefan Wolff, Postfach 1624 6348 Herborn*
OFFENBACH: *Tucholsky-Buchladen (Ullrich), Mittelseestr.14, 6050 Offenbach*
MANNHEIM, SPEYER und einige andere Orte sind z.Zt. über die Redaktion zu erfragen!!

REGIONALES ANARCHO-TREFFEN

Am 14.3.81 fand in Hanau ein Kennenlerntreffen der Anarcho-Grupen von Gießen bis Speyer statt. Es wurden einige Punkte andiskutiert, jedoch ging die meißte Zeit zum Plauschen drauf. Allerdings wurde ein neuer Termin vereinbart, wo folgendes diskutiert werden soll:
Widerstandsformen aufgrund von Demo-Verboten und Prügelaktionen der Staatsgewalt,
Die überregional Zeitung "Aktion",
Die Rhein-Main Föderation,
Betriebsarbeit bzw. Perspektiven des Anarcho-Syndikalismus.
Wir treffen uns wieder am Samstag, 16.5.1981.
Wenn ihr Interesse habt, wendet euch bitte an die euch am nächsten gegelegene Kontaktadresse.

neues vom SCHWARZEN BLOCK

In der hessischen Polizei Rundschau 2/81, die sich mit dem Häuserkampf in Frankfurt beschäftigt, sind einige interessante Passagen die wir unten abdrucken.
Der Kob Thomas schreibt am Anfang des Artikels über die Unterschiede der Hausbesetzer 74 und heute.
Dann:



"Im November 1979 ist es endlich (!) soweit, das erste Haus wird besetzt und sofort wieder geräumt. Bis zum Frühjahr 1980 wiederholt sich dieses Spielchen fast wöchentlich.
Von wenigen Ausnahmen abgesehen gelingt es, die Besetzer zum Auszug zu veranlassen."
Anschließend versucht er sich durch den frankfurter Sumpf durchzukämpfen und schreibt über die am Häuserkampf beteiligten Gruppen:
"Die an den Besetzungen beteiligten Gruppen lassen sich gegeneinander schwer abgrenzen. Bezeichnungen wie 'Schwarzer Block' und 'Anarchistische Föderation' sprechen für sich."
Wir empfehlen 'Was ist eigentlich Anarchie', Verlag Freie Gesellschaft 6 DM.
"Hinter diesen Organisationen verbergen sich 200-300 Mitglieder und Sympathisanten. Schwarze Halstücher, Fahnen und Helme sind ihre Kennzeichen. (....) Gemeinsam ist allen der Haß gegen den Staat und gegen jede Art von Autorität. In diesem Verhalten ist auch der wesentliche Grund zu sehen, warum die K-Gruppen (KBW, KB, KPD) diesen 'Junganarchisten' so hilflos gegenüberstehen und zur Zeit in Frankfurt fast nicht mehr in Erscheinung treten. Mitglieder dieser beiden Gruppen sind auch nahezu ausschließlich für die im Rahmen von Demonstrationen angerichteten Sachbeschädigungen des letzten Jahres verantwortlich.
Neben diesen chaotischen Gruppen fallen die Aktivitäten des AStA und Häuserrats kaum ins Gewicht."
Es folgen noch ein Paar Zitate aus dem Pflasterstrand und von Leuten, bevor er am Schluß fragt: "Wie erklären wir glaubwürdig, daß in einer Stadt wie Frankfurt Hunderte von Wohnungen und Häusern seit Jahren leerstehen, obwohl Tausende von Wohnungssuchenden vorhanden sind. Der Appell an uns alle: Tragen wir dazu bei, daß in unserem Einflußbereich die Kluft zwischen Anspruch und Wirklichkeit verringert wird, der Aufwand lohnt sich bestimmt."
Wir freuen uns über diesen Geisteswandel in dem letzten Absatz natürlich sehr und versprechen, zur nächsten Hausbesetzung darfst Du mitkommen!

(Der Artikel ist in der neuen VOLL-AUTONOM Nr. 300 vollständig abgedruckt)

Hungerstreik
Schauspiel Haus besetzt

Am 21.3.81 wurde das Schauspielhaus in Ffm von etwa 60 Leuten besetzt. Mit dieser Aktion sollte eine öffentliche Auseinandersetzung über den Kampf der Gefangenen aus der RAF in Gang gesetzt werden.
Für den Morgen des nächsten Tages war eine Diskussion und eine Pressekonferenz geplant. Durch die nächtliche Räumung kam es dazu jedoch nicht mehr.
Auszüge aus der Erklärung der Besetzer:
"Wir sind hier, um eine breite Öffentlichkeit mit der Situation der Gefangenen aus der RAF zu konfrontieren, um damit das öffentliche Schweigen über den Hungerstreik zu durchbrechen.
Seit dem 2.2.81, also seit jetzt 7 Wochen sind die Gefangenen kollektiv im unbefristeten Hungerstreik, mit dem Ziel, die jahrelange Isolation untereinander und nach außen zu durchbrechen, um sich ein Zusammenkommen in Gruppen zu erkämpfen, unter Bedingungen, die einen kollektiven Lern- und Arbeitsprozeß möglich machen...
Inzwischen sind mehrere Gefangene in akuter Lebensgefahr. In Celle, Ossendorf und Zweibrücken werden Gefangene zwangsernährt. Zwangsernährung ist keine 'lebensrettende Maßnahme', sondern wird als ein Mittel gegen die Gefangenen eingesetzt, um nicht gezwungen zu sein, die national und international von Gremien und Gutachtern als berechtigt erklärten Forderungen zu erfüllen...
Für die Gefangenen im Hochsicherheitstrakt in Berlin ist die Situation durch die Traktbedingungen verursacht - so daß ihre Körper kaum noch Flüssigkeit aufnehmen können; daß einzelne von ihnen nicht mehr laufen, nicht mehr reden, nicht mehr sehen können.
Andreas Vogel, Gudrun Stürmer, Regina Nicolai und Gabriele Rollnik wurden ins Knastkrankenhaus verlegt, und einzelne von ihnen werden mitlerweile durch Infusionen zwangsernährt.
Es hat eine Vielzahl von Unterstützungsaktionen zum Hungerstreik gegeben, so die Besetzung der Kantine des 'Spiegel' in Hamburg durch die Angehörigen, Sprühaktionen an Wänden, Zügen Straßenbahnen in der ganzen BRD, es gab zahlreiche militante Aktionen in allen Städten; in der ganzen BRD wurde zu einer nationalen Demonstration in Ffm aufgerufen, die verboten und durch eine Belagerung der ganzen Stadt massiv verhindert wurde....
Am 13.3. haben die Verwandten in Genf eine Aktion bei der Abschlußsitzung der Menschenrechtskommission gemacht, deren Direktor sich bereit erklärte, bei der Bundesregierung zu intervenieren....
Der Staat reagiert auf den Kampf der Gefangenen wie auf eine bewaffnete Aktion:
- Nachrichtensperre...
- 11 Verhaftungen von legalen Linken die den Hungerstreik öffentlich machten...
- Razzien in Zellen und Anwaltsbüros

Wir leben heute in einer Gesellschaft, in der sich seit Auschwitz an den Machtverhältnissen nichts Grundlegendes verändert hat. Es sind immer noch die Flicks, Krupps und Abs - diesmal im Verbund mit dem amerikanischen Kapital..."

Seit dem 25.3. sollen Till Meyer, Andreas Vogel, Ralf Reinders und Ronald Fritsch Hafterleichterung haben. Angeblich dürfen sie ihren Privatbesuch ohne Trennscheibe empfangen - vorher und nachher müssen sie sich aber durchsuchen lassen.



CHRONIK DER GIESSENER EREIGNISSE

Die drei zerstörten Häuser in der Flutgrabenstraße sind schon seit vielen Jahren Spekulationsobjekt des Möbelimperiums Sommerlad. 1974 wurden Sommerlads Pläne offenkundig, den Wohnraum zu zerstören um dort ein „Mitnehmcenter" und eine Tiefgarage zu bauen. Aus diesem Grunde wurden die Häuser von Sommerlad aufgekauft. Die Mieter allerdings wollten aus ihren günstig gelegenen, preiswerten Innenstadtwohnungen nicht so ohne weiteres ausziehen und trotzten viele Jahre dem Möbelmoloch. Mit Tricks und Schikanen gelang es schließlich, bis 1979 drei der sieben Mietparteien hinauszuekeln (Begründung Sommerlads: „Eigenbedarf"); die verbleibenden Bewohner trotzen aber weiterhin dem Druck der Firma. (Prokurist Stein: „Ich bin im Krieg schon mit ganz anderen Leuten fertig geworden.") Neben dem Versuch, das Haus allmählich unbewohnbar zu machen (Man ließ systematisch alle Fenster offen stehen), beschritt man den „Rechtsweg". Den ersten Prozeß in Gießen verlor Sommerlad trotz Staranwalt und übler Tricks (man wollte z.B. einem der Mieter das Armenrecht absprechen lassen, damit er sich nicht mehr verteidigen könnte). Die Firma war nämlich nicht in der Lage, eine stichhaltig begründete, rechtskräftige Kündigung vorzubringen. Außerdem fehlte die „Zweckentfremdungs-Genehmigung" die man braucht, wenn man Wohnraum zerstört um Gewerberaum zu errichten. Auch die zweite Instanz in Frankfurt (Feb. 1980) gab den Mietern Recht; die Mietverhältnisse blieben rechtmäßig bestehen. Während nun die letzten Bewohner im Flutgraben 6 und 8 hinausgeekelt wurden, hielten die Bewohner von Nr. 4 weiter stand. Der nächste Prozeßtermin war für den 6. Mai 81 vorgesehen. Doch vorher ließ Sommerlad den Bagger kommen und machte kurzen Prozeß, indem er vollendere Tatsachen schuf.

So paradox es klingen mag: Die Bewohner von Flutgraben 4, die vor den Trümmern ihres Hauses stehen, befinden sich **noch immer im Besitz eines rechtsgültigen Mietvertrages!** Da sieht man, was das Recht für diejenigen wert ist, die nicht in der finanzpolitischen kriminellen Vereinigung stecken. **Wer das Geld hat, hat die Macht und wer die Macht hat, hat das Recht...**

Soweit die Vorgeschichte.
Gerüchte, daß Sommerlad trotz gerichtlichem Entscheid das Haus Nr. 4 soweit absichtlich beschädigen lassen wollte, daß es abgerissen werden müßte, waren schon am Sonntag, den 22. 3. durchgesickert. Aber selbst in Partei- und Magistratskreisen wollte man solch abenteuerlichen Möglichkeiten keinen Glauben schenken...

DIENSTAG
Am Dienstag, den 24. 3. beginnt die Krofdorfer Abrißfirma Karl Schleenbeck gegen 10 Uhr mit dem Abriß der Häuser 6 und 8. Als die Hausbewohner gegen Mittag heimkommen, rupft der Bagger gerade das Treppenhaus der Nr. 4 raus. Anwohner und der herbeigerufene Rechtsanwalt Roth machen die Arbeiter und den Juniorchef darauf aufmerksam, daß ihre Wohnraumzerstörung illegal ist und rufen die Polizei. Der Beggerführer: „Ich habe Anweisung, auch das Treppenhaus abzureißen." Anwalt Roth erreicht beim Gericht eine einstweilige Verfügung, in der Sommerlad bei einem Ordnungsgeld von 500.000 DM oder 6 Monaten Haft untersagt wird, das Haus abzureißen. Die Firma ist verpflichtet, den Bewohnern Zugang zum Haus zu schaffen. Am Nachmittag versichert Baustatiker Ebelein vom Bauordnungsamt, daß das Haus nicht baufällig sei. Die ersten Menschen finden sich im Flutgraben ein, um die Bewohner zu unterstützen, Flugblätter werden verteilt, für 23 Uhr wird zu einer Demo aufgerufen. Inzwischen ist die Nachricht auch in den umliegenden Städten bekannt geworden, spontan sammeln sich empörte Leute auf den Straßen.

Um 23 Uhr beginnt die Demonstration im Riegelpfad, aus den 500 Leuten werden rasch fast 1000. Fackeln, Trommeln, Wut und Machtlosigkeit laufen mit. Bei Sommerlad fliegen einige Trümmersteine aus dem zerstörten Haus in die propperen Schaufenster... Die Polizei ist nicht vorbereitet, hält sich zurück. Zurück in der Ludwigstraße bleiben die Demonstranten auf der Kreuzung und diskutieren, ein kleines Lagerfeuer wird angezündet, um sich zu wärmen. Als die letzten gehen, löscht die Feuerwehr die Reste des Feuers. Einige Kurzentschlossene suchen die Villa eines leitenden Angestellten von Sommerlad und den Fuhrpark in Krofdorf heim und besprühen Wände und Windschutzscheiben.

Am folgenden Mittwoch hat die heimische Presse, allen voran das Hetzblatt WNZ in Wetzlar, aus dem Protest eine „Straßenschlacht" mit der Polizei gemacht, in deren Verlauf die Demonstranten wahllos die Schaufenster „eines Möbelgeschäftes" zerschlugen, Autos behädigten und Brände legten...

MITTWOCH
Den ganzen Tag über bewachen Freunde der Bewohner das Haus, um einen endgültigen Abriß zu verhindern. Eine weitere Verfügung des Amtsgerichts verpflichtet Sommerlad dazu, „durch Sicherungsmaßnahmen dafür zu sorgen, daß das Haus ... nicht infolge der Schäden ... abgerissen werden muß." Am Nachmittag schmeißen einige Protestler Stinkbomben (Buttersäure, riecht ziemlich unangenehm) in die Verkaufsräume. Sommerlad läßt die Gitter runter und macht zu. Gegen 18 Uhr: es wird bekannt, daß das Bauordnungsamt die Räumung des Hauses wegen Einsturzgefahr angeordnet hat, eine Polizeiaktion steht zu erwarten. Immer mehr Menschen versammeln sich an der Ruine. Beim Auftauchen der ersten Bullen werden Barrikaden errichtet, es entsteht ein Straßenfest, auch hier wieder mit einem zünftigen Lagerfeuer zum aufwärmen. Zweimal greift an diesem Abend die Feuerwehr mit Blaulicht und drei Löschwagen ein, um den „Brand" zu bekämpfen. Sommerlad büßt noch ein paar Schaufensterscheiben ein. Die Polizei hält sich zurück, nur ein Mann der Wach-und Schließgesellschaft, die für das Unternehmen Überstunden schieben, lädt, bevor er den Platz betritt, seine Pistole durch...

DONNERSTAG
Am Donnerstag, den 26. 3. kommen die ersten Chaoten und Schlägertrupps von außerhalb an: 2 Hundertschaften Bereitschaftspolizei aus Wiesbaden. Hieraus schließt man den geplanten Abriß des Resthauses. Noch liegt keine Entscheidung des Landgerichts über den Widerspruch gegen die Räumungsverfügung des Ordnungsamtes vor. Viele Sympathisanten der Ex-Bewohner wollen zum Flutgraben kommen, aber das Gebiet ist weiträumig und hermetisch von der Polizei abgeriegelt. Immer mehr Leute sammeln sich auf der Kreuzung an der Bahnhofstraße, werden aber gewaltsam vertrieben, ziehen als Demo durch die Innenstadt, kommt zurück, durchbricht eine Polizeikette, wird erneut gestoppt. 13 Uhr: der Bagger rollte an. Die Versammelten stellen sich ihm in den Weg. Der Baggerführer (Nicht Willibald!) fährt trotzdem drauflos. In letzter Sekunde kann einer, der sich vor die Ketten gelegt hatte, noch weggezogen werden. Die Polizei weigert sich, eine Anzeige gegen den brutalen Fahrer anzunehmen: „Wir sind nicht wegen des Baggerführers, sondern wegen Ihnen hier."

Gegen 14 Uhr kommt die seit 2 Tagen geplante Demo vom Marktplatz dazu, etwa 500 Leute blockieren jetzt die Kreuzung. Auch hier wieder aggressive Versuche von Körperverletzung von Seiten einiger Auto-, Bus- und LKW-Fahrer. Mehr als einmal entgehen die Demonstranten nur knapp den rechtschaffenden Amokfahrern. Diesmal schreibt die Presse: „keine nennenswerten Zwischenfälle" (G.P.). Zwischenzeitlich veranstaltet das Landgericht einen Lokaltermin zur Entscheidung über den Widerspruch. Der Klagevertreter, RA Roth, wird auf Anweisung des Magistrats nicht durch die Polizeisperre gelassen und so ist — völlig unüblich — beim Lokaltermin der Kläger nicht anwesend. Entsprechend locker fällt die Kammer ihren Spruch: das Haus muß wegen Baufälligkeit geräumt werden. Damit setzt sich der Magistrat bewußt über die einstweilige Verfügung des Amtsgerichts hinweg. Es ist üblich, daß die Verwaltung die Vollstreckung ihrer Maßnahmen bis zu einer rechtskräftigen Entscheidung der Gerichte aussetzt. Hier jedoch gab Bürgermeister Sigurd Beyer (CDU) den Räumungsauftrag an die Polizei, noch vebor eine Entscheidung des Verwaltungsgerichts ergangen war. Der Spruch der Demonstranten **Sommerlad und Magistrat sind** ein Gangstersyndikat wurde spätestens jetzt allen augenfällig.

Um 23 Uhr wieder eine Demo, diesmal mit über 1000 Leuten, das Haus ist inzwischen abgerissen worden. Die Wut über Arroganz der Macht, Rechtsbruch und die Hilflosigkeit der jetzt Obdachlosen ist groß. Überall in der Stadt „operieren" kleine Demonstantengruppen, die Polizei ist sichtlich überfordert, weiß nicht was wo los ist und rennt kopflos hinterher. Knallfrösche, Sprühereien, kaputte Bankfenster und Parolen überall in der Innenstadt.

FREITAG:
Die Zeitungen überschlagen sich. Statt von dem Terroranschlag auf ein Wohnhaus zu berichten schreiben sie von „Maskierten und vermummten Gestalten,, die durch die Stadt stürmten und Pflastersteine fliegen ließen".

Der Protest flaut während des Tages ab, das Haus ist ein Trümmerhaufen, einzelne Aktionen steigen noch hie und da. Die Grünen haben sich, mit Helm und Schilden, nun überall postiert. Und wenn sie nicht gestorben sind, dannstehen sie da noch heute...

MITTWOCH 1. April
Es wird bekannt, daß die Staatsanwaltschaft ein Ermittlungsverfahren gegen die Fa. Sommerlad eingeleitet hat — allerdings nicht wegen Hausfriedensbruch, Körperverletzung oder Sachbeschädigung, sondern nur wegen Nötigung. Und auch dies erst, nachdem die Anwälte mit einem Flugblatt an die Öffentlichkeit gegangen waren, in dem sie darlegten, daß der Abriß keineswegs zufällig erfolgte. (Frage: Wie würde wohl die Staatsanwaltschaft reagieren, wenn wir Sommerlads Villa dem Erdboden gleichmachen würden???)

(Dank ans Elefantenklo!!)

NEUE 'SCHWARZE TINTE' ERSCHIENEN

Das anarchistische Dokumentationszentrum (adz) hat im Februar ein neues Bulletin SCHWARZE TINTE herausgebracht. In dieser Nummer steht ein vergleichender Artikel über Machno und Zapata, ein Bericht über die FICEDL, eine Föderation libertärer Archive sowie Zeitschriftenkataloge libertärer spanischer und deutscher Presse (Teil 2) Bezug: Horst Stowasser, Postfach 2602, 633 Wetzlar.

HINWEIS:
Diese Zeitung wird auch im Abonnement mit der FREIEN PRESSE geliefert und bringt künftig den aktuellen Teil der F.P.

An-Archia Verlag, Wetzlar

ABONNEMENT:

- ☐ Ich möchte dieses komische Blatt unbedingt abonnieren (im Gespann mit der FP). 10,– leg' ich bei.
- ☐ Ich will .... Expl. jedesmal verkaufen (a 20 Pfg.) Bitte schickt sie mir auf Rechnung zu!
- ☐ Ich will irgendwie an der Zeitung mitarbeiten. Wie???
- ☐ Ich möchte das Blatt unterstützen. Hier eine Spende von DM ....
- ☐ Ich suche Kontakt zu Genossen. Könnt Ihr mir helfen?

Ausschneiden und einsenden an: AKTION c/o AFF, Postfach 550455 in 6000 Frankfurt 50
Absender: ....
....
....

Pluralismus und Diskussion als ideologisches Schaubild vorgespielt, während den Entscheidungen akklamiert wird, dåe bereits gefallen sind. Das faschistische Ideal der 'Volksgemeinschaft' in seiner friedfertigen Version ist verwirklicht. Der gehorsame Untertan erfüllt hingebungsvoll die Anweisungen der bewährten Führung. Diese Integration hat zugleich eine ideologische Verfestigung zur Folge. Die Manipulation durch pluralistische Interessenkonflikte der verschiedenen Interessengruppen, die immer wieder die verschiedenen Schichten und Klassen der Bevölkerung beeinflussen konnten, verliert die Gesellschaft als Gesamtobjekt. Geringfügige politische Konflikte und Staatskrisen machen den Herrschaftsapparat anfällig und geben die Möglichkeit, gesellschaftliche Widersprüche bewußt werden zu lassen. Die eindeutige Funktion als staatliche Organe beeinflußt die Flexibilität und damit die pluralistische Anpassung der Parteien an die verschiedenen Schichten der Bevölkerung. Dadurch können Randgruppen, Abteilungen der Klassen, aus der 'Volksgemeinschaft' ausbrechen, die dann je nach ihrer Stellung im Produktionsprozeß die gesamte Herrschaftsstruktur dieser Gesellschaft in Frage stellen können. Radikaldemokratische Linksparteien oder Wahlkartelle, die sich dem Mechanismus der herrschenden Realpolitik anvertrauen, um mehr politischen Einfluß zu gewinnen, übernehmen objektiv Hilfsdienste der etablierten Parteien, die für die außerparlamentarischen Gruppen ihre integrierende, beruhigende Funktion verloren haben. Die gegenwärtig unorganisierte und pluralistische Form des antiautoritären Lagers kennzeichnet zugleich die Anfälligkeit dieser außerparlamentarischen Opposition gegenüber bürokratischer Routine von seiten traditioneller Arbeitergruppierungen, die sehr leicht die Diskussion über die Startegie in den nächsten Jahren abfangen können, um sie in die 'erprobte' Taktik der Wahlbeteiligung und des parlamentarischen 'Kampfes' zu lenken, das heißt auf die Ebene der Interessenvermittlung von Führungsoligarchien zu verlegen. Die Metamorphose des antiautoritären Lagers zum rührig-treuherzigen Wahlhelfer wäre die satirische Wiederholung der historischen Verwandlung der Linksintellektuellen von linken Kommunisten zu hingebungsvollen Stalinisten (Revai, Rudas usw.).

Die Verbürgerlichung der deutschen Arbeiter, Ergebnis des gescheiterten Emanzipationskampfes der Arbeiter nach 1945, woran SPD und KPD nicht unbeteiligt waren, kann nur aufgehoben werden durch Massenaktionen in den spezifischen Konfliktbereichen dieser Gesellschaft, an Universitäten und Schulen, in den stagnierenden Industriebranchen und wirtschaftlichen Notgebieten (Berlin, Ruhrgebiet, Norddeutschland). In diesen Massenaktionen der Aufklärung deuten sich zugleich Gegenstrukturen zur bestehenden Gesellschaft an, wodurch der Herrschaftskonflikt zwischen autoritärer Volksgemeinschaft und ihren Führungsmasken und den antiautoritär sozialistischen Arbeitern und Studenten aktiviert wird. Die Diskussionen über Strategie und Taktik des antiautoritären Lagers muß nicht nur historisch genetisch die Machtstruktur des 'Sozialstaates' untersuchen, sondern zugleich auch die Soziologie der Parteien aufnehmen, die mit dem Anspruch der Befreiung der Arbeiter in den historischen Prozeß eingetreten waren.

Projektgruppe Räte, Berlin
März 1968

Der Imperialismus und die Aufgaben des Proletariats.

Von *Anton Pannekoek.*

I.

Der Ausbruch des ersten grossen Weltkriegs im Jahre 1914 hat zwei Tatsachen grell beleuchtet: erstens die *riesige Kraft des Imperialismus*, zweitens die *Schwäche des Proletariats*, namentlich seiner Vorhut und Führerin im Kampfe, der sozialdemokratischen Parteien fast aller Länder.

Der Imperialismus unterscheidet sich von dem alten Kapitalismus dadurch, dass er fremde Weltteile unter Botmässigkeit zu bringen sucht, um dort neue Märkte für Produkte, neue Bezugsquellen für Rohstoffe und vor allem neue Anlagegebiete für die überquellenden Kapitalmassen zu finden. In der letzten 20jährigen Prosperitätsperiode sind die Kapitalmassen riesig angeschwollen, und damit ist der Drang, sie in unentwickelten Ländern mit hohem Profit anzulegen, in der Bourgeoisie alles beherrschend geworden. Dabei treten die verschiedenen Bourgeoisien einander als Konkurrenten gegenüber; die neuaufgestiegene junge deutsche Bourgeoisie sucht überall Gebiete (Kolonien oder Einflussphären) zu gewinnen, sieht sich dabei durch die alten weltbeherrschenden Staaten, namentlich England, den Weg verlegt, wie in 1911 in Marokko, während sie selbst in Kleinasien das Vordringen Russlands hindert. Alle haben sich bewaffnet, um im Kampfe um die Verteilung der Welt ein entscheidendes Wort mitreden zu können; alle streben nach möglichst viel *Weltmacht*. Und dieses Streben riss überall allmählich die ganze Bourgeoisie mit sich. Alles, was noch an militärfeindlicher, fortschrittlicher oder radikaler Opposition unter dem Bürgertum vorhanden war, ging nach und nach mit, musste den steigenden Militärforderungen nachgeben oder sah sich von dem alten Anhang im Stich gelassen. In England so gut wie in Frankreich und in Deutschland schmolz die alte bürgerliche Opposition gegen den imperialistischen Kurs stets mehr zusammen auf einige Phrasen — denn man stimmte für die Flotte, für die Armee, für die Kolonialausgaben. In Deutschland war das Wachstum dieser Strömung in der Bourgeoisie am deutlichsten erkennbar, weil der *deutsche Imperialismus* seiner Art nach *agressiv* sein muss: er hat noch alles zu gewinnen und fühlt sich stark, es zu gewinnen. In andern Ländern, wo der Imperialismus vor allem auf die Verteidigung des Besitzstandes zu achten hat, trat das weniger stark hervor; dort ist dieses Wachstum imperialistischen Strebens und Wollens erst während des Krieges ganz deutlich hervorgetreten. Aber überall ist der Imperialismus in den letzten 20 Jahren zur herrschenden Politik aller grossen kapitalistischen Staaten geworden.

Die Beteiligung an den Wahlen für das Parlament.

Von *Paul Friedländer*.

I.

Die Beteiligung der Kommunistischen Partei Deutschlands an den Wahlen für den Reichstag hat die Aufmerksamkeit der kommunistischen Arbeiterschaft für diese stets lebendige Frage der revolutionären Taktik in erhöhtem Maße wachgerufen. Nun ist soeben eine Flugschrift der kommunistischen Partei Deutschösterreich erschienen, betitelt „Die Kommunistische Partei und der Parlamentarismus", die zur Wahlbeteiligung der deutschen Kommunisten in offenem schärfstem Widerspruche steht, indem sie in die allgemeine Erklärung ausmündet: „Jede gültige Stimme zu parlamentarischen Wahlen bedeutet ein Bekenntnis zum kapitalistischen Staate! Jede proletarische Stimmenthaltung bedeutet ein Bekenntnis zur Diktatur der Arbeiterklasse" und daher die Parole ausgibt: „Keine Stimme und keinen Heller den parlamentarischen Wahlen!!" Diese einfache Formel soll wohl dem Zweck der Flugschrift entsprechen, die sich an „das klassenbewußte Proletariat" wendet, um seinem Klassenbewußtsein ein bestimmtes Gepräge zu geben. Im übrigen aber bedeutet sie entschieden einen Rückschritt gegenüber dem, was sowohl in der Stellung des Problems als auch in seiner Beantwortung bisher erreicht wurde.[1]) In einem Punkte stimmen nämlich alle Kommunisten überein, Lenin, Radek, Bela Kun, das Berliner und das (bereits aufgelöste) Amsterdamer Bureau der 3. Internationale, daß nämlich die Frage der Bejahung oder Verneinung des Parlamentarismus zu trennen ist von der Frage der Wahlbeteiligung oder Wahlenthaltung bei den Parlamentswahlen, daß jene Frage eine *prinzipielle* ist, und zwar eine prinzipiell gegen den Parlamentarismus und für die

[1]) Genosse Friedländer hat unserer Ansicht nach mit seiner Kritik des Flugblattes nicht recht.

Erstens beurteilt das Flugblatt die Frage des Parlamentarismus von den Verhältnissen jenes Landes aus, für das es bestimmt ist: für *Deutschösterreich*.

Zweitens wird in dem Flugblatte der Parlamentarismus nicht „doktrinär", um jeden Preis abgelehnt, was folgende Stelle beweist: *Solange Arbeiterräte oder sonstige Möglichkeiten revolutionärer proletarischer Betätigung bestehen, bedürfen wir der parlamentarischen Tribüne nicht.*" (Flugblatt S. 57, im Original fett gedruckt.)

Erst *nach* der Darstellung der Verhältnisse in *Deutschösterreich* heißt es am Ende des Flugblattes:

„*Jede gültige Stimme in parlamentarischen Wahlen bedeutet ein Bekenntnis zum kapitalistischen Staate.*" (Flugblatt S. 9, im Original fett gedruckt.) D. R.

proletarische Diktatur in Form des Rätesystems *entschiedene* (und also gar keine Frage mehr), während die andere Frage eine *taktische* ist, und zwar, wie das im Wesen einer taktischen Frage liegt, eine jeweilig entsprechend den gegebenen Verhältnissen eines Abstimmungsgebietes zu *entscheidende* und also eine stets von neuem gegebene Frage.

Die von der Kommunistischen Partei Deutschösterreichs herausgegebene Flugschrift wirkt zwar teilweise vortrefflich durch ihre schlichte und klare Gegenüberstellung des Parlamentarismus einerseits und des proletarischen Rätesystems andererseits, wirkt aber schließlich verwirrend dadurch, daß sie die Zustimmung zum Parlamentarismus mit der Wahlbeteiligung bei den Wahlen in einen Topf wirft und in ein und denselben prinzipiellen Brei verrührt. Dies heißt: sich die Sachen zu leicht machen; dies heißt: den gordischen Knoten der Wahlbeteiligungsfrage weder lösen noch zerhauen, sondern ihn einfach nicht bemerken. Dadurch ist man aber soweit wie bisher, ja nicht einmal soweit wie bisher.

Darum soll in diesem Artikel das Problem der Beteiligung an den Parlamentswahlen neuerlich behandelt werden, jedoch lediglich das Problem der Beteiligung an *den Wahlen*. Ausgeschaltet — und einer späteren Untersuchung vorbehalten — bleibt das Problem der Beteiligung am Parlament selbst, an seinen Plenarversammlungen wie an seinen Ausschüssen. Außer Diskussion, weil durchaus entschieden, steht die Frage des Parlamentarismus. Die kommunistische Partei (und gegenwärtig wohl auch ein großer Teil der Mitglieder der Unabhängigen sozialdemokratischen Partei Deutschlands, ja, sogar der linke Flügel der Linken der sozialdemokratischen Partei Oesterreichs — von manchen anderen Ländern gar nicht zu reden —) verwirft im A-B-C ihrer Grundsätze den Parlamentarismus zugunsten des Rätesystems. Im Rahmen dieser Zeitschrift darf daher nicht der Kniff angewendet werden, der ja sonst im politischen Kampf dem kniffigen Gegner gegenüber durchaus erlaubt ist, denjenigen, der für die Wahlen zur Nationalversammlung eintritt, einfach als „Parlamentarier" abzutun, als einen, der sich für die parlamentarischen Schwatzbuden in Staat, Land und Gemeinde ausspricht, sondern es soll hier deutlich unterschieden werden zwischen der Anerkennung des demokratischen Parlamentarismus und der Beteiligung an den parlamentarischen Wahlen. Es soll nur davon die Rede sein, *wie sich der überzeugte Antiparlamentarier zur Frage der Wahlbeteiligung verhalten soll.*

II.

Es wird also von der Voraussetzung ausgegangen, daß das Parlament ein Uebel ist, der Uebel größtes vielleicht, daß es das Werkzeug der Diktatur der *kapitalistischen*

Klasse ist, auch dort, wo es keine solch schroffe Klasseninstitution, wie gegenwärtig in Ungarn, sondern wo es eine demokratische Institution ist, wie gegenwärtig in Deutschland oder in Oesterreich oder in Italien. Es wird von der Voraussetzung ausgegangen, daß auf die Schwächung und Abschaffung des Parlaments mit allen Mitteln und Kräften des organisierten proletarischen Klassenkampfes hinzuarbeiten ist. Daraus ergibt sich, daß die Wahlbeteiligung oder Wahlenthaltung des revolutionären Proletariats nur eines der vielen Mittel — und gewiß nicht das hauptsächliche und entscheidende — im Kampf gegen den Parlamentarismus ist. Es wird ferner ausgegangen von der Voraussetzung, daß die kapitalistische Ordnung auf der ganzen Welt aus den Fugen geraten, daß sie in ihre katastrophale Krise eingetreten ist, und daß, infolge der revolutionären Situation in den meisten Staaten und infolge der gewaltigen Stellung der Arbeiterklasse — mag sie auch zahlenmäßig die Minorität des „Volkes" bilden — die Aufrichtung der Diktatur des Proletariats zur Grundlegung der sozialistischen Ordnung in greifbare Nähe gerückt ist.

Noch vor zwei Jahrzehnten war der Ruf nach dem allgemeinen, gleichen und geheimen Wahlrecht für das Parlament — und somit nach der entsprechenden Vertretung im Parlament — eine berechtigte Forderung des Proletariats. Damals war die Ablehnung des Parlaments, vor allem aber die Propaganda der Wahlenthaltung, wie sie von syndikalistischen und anarchistischen Gruppen betrieben wurde, ein Ausfluß der Unfähigkeit, für das Proletariat Politik zu treiben, mag jene Propaganda auch einer ganz richtigen, sogar prophetischen Einschätzung des Parlaments entsprungen sein. Heute liegen die Dinge anders. Heute ist das Parlament, insbesondere das „demokratische", zum ärgsten Hindernis einer Politik geworden, die im Interesse der Arbeiterschaft und des Sozialismus zu betreiben ist. Heute gilt es — womöglich auch durch Wahlenthaltung —, das Parlament aus dem Wege zu räumen.

Es wurde gesagt: womöglich durch Wahlenthaltung. In dem Wort „womöglich" liegt das ganze Geheimnis.

Es wurde nicht gesagt: schlechthin durch Wahlenthaltung (wie dies die erwähnte Flugschrift verkündet). Denn es ist ganz klar, daß in den meisten Ländern, in denen der revolutionäre Umsturz nicht unmittelbar auf der Tagesordnung steht, wie in den Ländern des westlichen Kapitalismus, in Amerika, in England, in Frankreich, jede gültige sozialistische Stimme zu parlamentarischen Wahlen nicht ein Bekenntnis zum kapitalistischen Staate bedeutet, sondern vielmehr ein Bekenntnis gegen den kapitalistischen Staat, daß sie nicht ein Hintertreiben, sondern ein Weitertreiben der revolutionären Situation ist. Es ist ferner klar, daß in einigen andern Ländern, die in höherem Maße zum revolutionären Umsturz reif sind, als die erwähnten westlichen

Länder, die Stimmenabgabe in beträchtlichem Maße ein Bekenntnis zur Diktatur der Arbeiterklasse, eine Bedrohung des Parlaments ist, wie in Jugoslawien, in Bulgarien, in Italien, vielleicht auch in Deutschland (seitens der U. S. P.-Anhänger), daß hierdurch zur Verschärfung und Klarstellung der Klassengegensätze und damit der bestehenden Krise beigetragen, daß also das Parlament als gesetzgebendes Organ in seiner Autorität und Wirkungsfähigkeit nicht gestärkt, sondern geschwächt wird. Die Parole der Wahlenthaltung ist einfach in den meisten Ländern weder mit der objektiven politischen und wirtschaftlichen Lage, noch mit der subjektiven Reife der Arbeiterklasse in Einklang zu bringen.

Ein doktrinärer Grundsatz, sei es der Wahlbeteiligung, sei es der Wahlenthaltung, würde also nur ein Beweis politischer Unfähigkeit und sogar revolutionärer — Passivität sein. Der allgemeine Grundsatz der Wahlbeteiligung kann nur verfochten werden in Verkennung der revolutionären Situation auf der Welt, der allgemeine Grundsatz der Wahlenthaltung kann nur verfochten werden in Verkennung der — gegenrevolutionären Faktoren auf der Welt. Das Parlament wegleugnen heißt nicht es wegschaffen. Und doktrinär sein ist nicht gleichbedeutend mit revolutionär sein.

Somit kann kein Zweifel bestehen, daß die Frage der Wahlbeteiligung oder Wahlenthaltung eine rein taktische Frage ist (unter vielen andern taktischen Fragen). Es kommt nur darauf an, gewisse Richtlinien zur Lösung dieser taktischen Frage aufzuzeichnen.

III.

Für den Antiparlamentarier hat die Taktik der Wahlenthaltung vor der Taktik der Wahlbeteiligung einen unleugbaren mächtigen Vorzug voraus, der gar nicht überschätzt werden kann: Die Wahlenthaltuag ist geeignet, bei der Arbeiterschaft keinerlei Mißverständnis über die Ablehnung und Bekämpfung des Parlaments aufkommen zu lassen. Den bei der Wahlenthaltung aktiv und bewußt beteiligten Arbeitern wird dadurch unzweideutig und unauslöschlich der Wille zur Zertrümmerung der Bourgeoisdemokratie und zur Aufrichtung der Proletarierdiktatur (der sozialen Demokratie) eingeprägt. Zugleich wird dieser Wille den Verfechtern der Demokratie, seien sie bürgerlicher, seien sie proletarischer Herkunft, auf die nachdrücklichste und einschneidendste Methode kundgegeben. Der Einwand, daß Wahlenthaltung auch die Parole einer demokratischen Partei sein kann, wie dies z. B. das Vorgehen der ungarischen sozialdemokratischen Partei unter dem Horthyregime beweist, ist natürlich hinfällig, weil diese Wahlenthaltung nur der Protest gegen die Behinderung der Wahlbeteiligung und Wahlbewegung der Arbeiterschaft durch die reaktionären Machthaber war. Unsere Erwägungen aber gelten unter der Voraussetzung des allgemeinen gleichen Wahlrechts, der vollen Demokratie in dem

betreffenden Lande. (Ebenso wird von der Wahlenthaltung aus Gleichgültigkeit abgesehen.) Hingegen ist die Wahlbeteiligung, mag sie auch aus taktischen Gründen notwendig sein, insoferne stets mit einer gewissen Gefahr verbunden, als die Arbeiter häufig genug Wahlbeteiligung und Parlamentsbeteiligung, beziehungsweise Parlamentsbejahung voneinander nicht unterscheiden, sondern für ein und dasselbe halten. Immerhin hat sich in weiten Kreisen der Arbeiterschaft das klare Bewußtsein befestigt, daß man ebensowenig das Parlament aufrecherhalten will, wenn man Vertreter dorthin entsendet, als man die kapitalistische Wirtschaftsordnung bejaht, wenn man in einem kapitalistischen Betrieb beschäftigt ist. Infolge der bestimmten politischen Verhältnisse kann man genötigt sein, ins Parlament zu gehen, mit der Losung auf den Lippen: Nieder mit dem Parlament, so wie man in der kapitalistischen Wirtschaftsordnung sich als Ausgebeuteter (ja sogar als Ausbeuter) ins kapitalistische Getriebe hineinfügen muß, mit der Losung auf den Lippen: Nieder mit dem Kapitalismus.

Jedenfalls aber ist die Parole der Wahlenthaltung unzweideutig und an und für sich eine aufklärende und werbende Kraft. Daher unser Ausdruck oben: „womöglich Wahlenthaltung!" Unter gewissen Umständen ist sie die ausschlaggebende revolutionäre Kraft, der alle übrigen Möglichkeiten nachzustellen sind. Die Umstände, unter denen eine kommunistische Partei die Wahlenthaltung als das geeignete taktische Mittel zur Schwächung des Parlamentarismus, zugleich zur Stärkung der Position der Arbeiterschaft und zur Verschärfung der revolutionären Krise ausrufen und mit aller Kraft propagieren soll, scheinen mir hauptsächlich folgende zu sein: (Die nachfolgende Darstellung kann nicht als erschöpfend gelten; der Umfang dieses Artikels läßt dies nicht zu.)

Ist die kommunistische Partei schwach, indem sie am Anfang ihrer Entwicklung steht und nur geringe Teile des Proletariats in ihrem Rahmen vereinigt, so daß vorauszusehen ist, daß weder die Wahlbeteiligung noch die Wahlenthaltung wichtige Verschiebungen in den politischen Machtverhältnissen mit sich bringen, so ist jedenfalls die Parole der Wahlenthaltung die richtige. Sie wirkt, worauf es in diesem Falle ankommt, klärend und reinigend auf die Arbeiterschaft. Sie stellt die Parteimitglieder auf die Probe; sie ist ein weithin sichtbares Banner, um das sich die kleine Kerntruppe sammelt. Sie ist ein deutlicher Schlag ins Gesicht der Demokratie. Mehr kann sie in diesem Falle nicht sein. In diesem Falle kann die Wahlenthaltung nicht als Parlamentsboykott bezeichnet werden, auch nicht als Versuch eines solchen Boykotts. Denn zum Boykottieren ist Macht notwendig. Der Boykott beurteilt sich nicht nach dem Willen, sondern nach der Leistung.

Vor einundeinhalb Jahren haben sowohl der Spartakusbund in Deutschland als auch die kommunistische Partei Deutschösterreichs — als schwache und für die Gestaltung der politischen Machtverhältnisse keineswegs bedeutsame Parteien — ihrer prinzipiellen Ablehnung der Bourgeoisiedemokratie und ihres Parlamentarismus (im Rechtsstaate der kapitalistischen Gesellschaftsordnung) durch die Parole der Wahlenthaltung den richtigen taktischen Ausdruck gegeben. Erleichtert wurde ihnen dieser Entschluß durch die besonders kritische Situation in diesen Ländern, welche die Aussicht auf einen baldigen revolutionären Umsturz offen ließ.

Das taktische Mittel der Wahlenthaltung seitens der K. P. wäre wohl auch bei den letzten Wahlen für den deutschen Reichstag, die vor kurzem stattgefunden haben, am Platze gewesen. Diese Ueberzeugung brauchte nicht auf Grund des Wahlergebnisses entstehen, — nachher ist es billig, taktisch weise zu sein — sondern sie mußte auch bereits vorher feststehen. Denn die Kommunistische Partei Deutschlands, die aus verschiedenen Gründen nicht gedeihen konnte — vor allem ist es schwer, im Schatten der Unabhängigen sozialdemokratie Deutschlands kräftig zu wachsen — hatte von vornherein nur sehr geringe Aussichten auf Mandatsbesetzungen, jedenfalls so geringe, daß sie für die Gestaltung der politischen Machtverhältnisse in der gesetzgebenden Körperschaft nicht in Betracht gekommen wären. Dies hat sich auch bestätigt. Es wäre selbst dann richtig, wenn auf Grund der abgegebenen Stimmen nicht zwei, sondern acht Kommunisten als Abgeordnete aus der Wahl hervorgegangen wären. Auch dies ist noch immer nicht viel mehr als 5 Prozent aller Proletariervertreter (wobei ich allerdings annehme, daß für die Mehrheitssozialisten hauptsächlich Proletarier gestimmt haben). Diesem verschwindenden Vorteil steht gegenüber der große Nachteil, daß es die kommunistische Partei in diesem Falle, wo sie gegen die Stärkung des Parlaments und der Reaktion im Parlament nichts Bemerkenswertes leisten konnte, nicht vermocht hat, ihrer Opposition gegen die Bourgeoisiedemokratie den schärfsten Ausdruck zu geben, vor allem aber nicht, sich von der Unabhängigen sozialdemokratischen Partei Deutschlands klar und deutlich abzugrenzen, worauf es besonders angekommen wäre. In diesem Falle, wo bloß zu propagieren und zu werben war, wäre eine energische Kampagne für die Wahlenthaltung das Beste gewesen. Um Mißverständnisse zu vermeiden, sei betont, daß die Proklamation der Wahlenthaltung seitens der „kommunistischen Arbeiterpartei Deutschlands", die nicht aus politischen Erwägungen, sondern aus grundsätzlichem Doktrinarismus heraus geschehen ist (siehe den Programmentwurf der K. A. P. D., veröffentlicht in der „Aktion", Heft 23/24 des X. Jahrganges, S. 314), nur zufällig mit dem unter diesen

Umständen taktisch Richtigen übereinstimmt, jedoch ihrem Ursprung und ihrem Geiste nach entschieden abzuweisen ist.

Eine weitere Situation, die einer kommunistischen Partei unter allen Umständen die Wahlenthaltung aufdrängt, ist eine offenbar revolutionäre Situation in dem betreffenden Abstimmungsgebiet. In diesem Fall kann die Wahlenthaltung die Lage so verschärfen, daß sie zum Entscheidungskampf treibt. Sie kann ein Dolchstoß durch das Herz der Bourgeoisiedemokratie sein. (Dies wäre gegenwärtig vielleicht der Fall in Polen.) Eine revolutionäre Situation war vor einundeinhalb Jahren in den Staaten der „Besiegten", vor allem in Deutschland und Oesterreich, gegeben. Nur daß die kommunistischen Parteien dortselbst ohnmächtig waren. Darum war die Wahlenthaltung ihrer Anhänger ohne Wirkung. Je mächtiger aber in solch einer Lage eine kommunistische Partei ist, umsomehr ist sie fähig, umsomehr ist sie verpflichtet, den aktiven Parlamentsboykott bei den Wahlen in größtmöglichem Maße durchzuführen, in dem Sinne, wie ihn B— K— im Heft 18 des „Kommunismus" in dem Artikel „Die Durchführung des Parlamentsboykotts" vorzüglich und, meines Wissens nach, erstmalig dargestellt hat. (S. 540—555.)

Endlich ist auch eine kommunistische Partei eines Landes, das sich in einer Lage befindet, die zwar nicht revolutionär ist, die aber eine sichere Voraussicht auf eine revolutionäre Entwicklung in der nahen Zukunft gibt, durchaus im Recht, die Wahlenthaltung bei den Parlamentswahlen durchzuführen, auch auf die Gefahr hin, vorübergehend und bloß scheinbar die Reaktion zu stärken, letzten Endes aber, um die Entlarvung der tatsächlichen Gegensätze und die Auslösung der Entscheidungskämpfe um die Diktatur des Proletariats, um die Abschaffung des kapitalistischen Klassenstaates zu bewerkstelligen.

Damit wären Richtlinien entworfen, die für die Taktik der Wahlenthaltung bestimmend sein sollten.

IV.

Während die Wahlenthaltung eine einfache und offenbare Demonstration gegen die bürgerliche Demokratie und ihren Parlamentarismus ist, ist die Wahlbeteiligung keine solche unzweideutige feindliche Haltung. Denn, sollte man meinen, sie ist und bleibt doch immerhin eine Art Aufrechterhaltung des Parlaments. Diese populäre Auffassung is bereits an einer früheren Stelle abgetan worden.

Es gibt Stufen der geschichtlichen Entwicklung in einem Lande (und das trifft derzeit noch für viele Länder zu), in denen der Parlamentarismus noch nicht abgebrochen werden kann, weil die Verhältnisse noch nicht zum Umsturz reif sind.

In der gegenwärtigen Epoche der katastrophalen Krise des Kapitalismus auf der ganzen Welt ist unter diesen Umständen für jeden zielbewußten und gebildeten proletarischen Klassenkämpfer die Notwendigkeit gegeben, den bürgerlichen Parlamentarismus, die höchste Form des kapitalistischen Klassenstaates, geradezu treibhausmäßig auf die Spitze zu treiben, um seine völlige Unfähigkeit darzulegen, in der gegenwärtigen entscheidungsreifen Epoche für die Arbeiterschaft die Entscheidung zu bringen. In der gegenwärtigen Zeit kann eine kommunistische Partei nur ein Interesse haben: die Bourgeoisie in die Sackgasse zu jagen, ihr das Regierungsgeschäft im bürgerlichen Staat unter den gegenwärtigen zerrütteten politischen und wirtschaftlichen Verhältnissen zu überantworten und sie gleichzeitig möglichst zu schwächen, ihr möglichst viel Unterstützung durch die „Bevölkerung" des Landes zu entziehen.

Es ist klar, daß hierdurch die Frage der Wahlbeteiligung oder Wahlenthaltung ein anderes Gesicht bekommt. Um kein Mißverständnis aufkommen zu lassen, sei nochmals betont, daß Wahlbeteiligung keineswegs bereits Parlamentsbeteiligung, geschweige „positive" Mitarbeit im Parlament bedeutet. (Ueber diese Frage ein andermal; auch ich bei der Meinung, die in der zitierten Flugschrift der Kommunistischen Partei Deutschösterreichs zum Ausdruck kommt, daß das Parlament nicht einmal als „Tribüne", geschweige denn als Boden zur Austragung des Klassenkampfes in Betracht kommt.) Wenn also einerseits in einem bestimmten Lande eine revolutionäre Entwicklung noch nicht zur Reife gediehen, noch nicht ausgetragen ist (beispielsweise Italien), andererseits in einem bestimmten Lande reaktionäre Strömungen in immer gesteigertem Maße auftauchen und die Tendenz zu einer weiteren reaktionären Entwicklung in dem betreffenden Lande gegeben ist, dann wird auch für eine kommunistische Partei die Frage der Wahlbeteiligung brennend. Für den Fall natürlich nur, daß die kommunistische Partei so stark und so bedeutend ist, um für die Herausbildung und Herauskristallisierung der politischen Machtverhältnisse ernstlich in Betracht zu kommen. Eine Wahlenthaltung unter diesen erwähnten Umständen würde nur das Gegenteil dessen erzielen, was sie beabsichtigt. Sie würde nämlich tatsächlich nur zu einer Verschleierung der Klassengegensätze, zu einer ungebührlichen Stärkung der Bourgeoisie, vor allem aber zu einer Stärkung der parlamentarischen Reaktion führen, also auch zu einer Vertuschung der Klassendiktatur der kapitalistischen Klasse beitragen. Dies in einem Zeitpunkte, in dem, wie gesagt, das Proletariat, sei es infolge der Unreife der Verhältnisse im betreffenden Staat, sei es infolge eigener Unreife, nicht in der Lage ist, zu entscheidenden Schlägen auszuholen. Für

eine kommunistische Partei, die für die Gestaltung der politischen Kräfte im Lande ins Gewicht fällt, gibt es da nur eine Taktik: Schwächung der Bourgeoisie, Schwächung der Reaktion, Schwächung des Parlamentarismus durch Wahlbeteiligung. Je stärker eine antiparlamentarische Partei ist, umso geringer ist die Gefahr, daß ihre Massen bei der Wahlbeteiligung von der Illusion befangen wird, es handle sich um ein Eintreten für das Parlament und nicht um einen Kampf gegen das Parlament.

Keine kommunistische Partei kann die Verantwortung auf sich nehmen, die Reaktion für die Dauer zu stärken. Es gibt Situationen in der revolutionären Entwicklung eines Landes, wo es die Wahlbeteiligung proletarischer Parteien ist, welche den bürgerlichen Parlamentarismus stärkt, ja, sogar wieder auf die Beine bringt, wie dies die sozialdemokratischen Parteien Deutschlands und Oesterreichs durch ihre Beteiligung an den Wahlen in die konstituierende Nationalversammlung getan haben. Es kann umgekehrt Situationen geben, wo die Wahlenthaltung analog wirkt. In einem Lande, in dem die reaktionären Gruppen Tag für Tag an realen Machtmitteln gewinnen (durch Bewaffnung ihrer Anhänger u. dgl.), in dem aber diese reaktionären Gruppen gleichzeitig doch nur das Interesse haben, auf demokratisch-parlamentarischer Grundlage Gewalt auszuüben, gilt es, ihrer parlamentarischen Reaktion Abbruch tun, nicht aber ihr Vorschub leisten. Da gilt es, die Reaktion zu einem offenen diktatorischen Vorgehen zu bringen, um sie vor der Arbeiterschaft zu entlarven und ihr gewaltsamen Widerstand entgegensetzen zu können. Eine Wahlenthaltung wird unter solchen Umständen die Klassengegensätze verschleiern und die Machtausübung der Bourgeoisie begünstigen, indem sie ihrer Gesetzgebung die demokratische Weihe ermöglicht. In einem Lande beispielsweise, das in reaktionärer Entwicklung begriffen und in dem eine kommunistische Partei zwanzig Prozent der proletarischen Wählerschaft mit sich führt, bedeutet eine wirklich durchgeführte Wahlenthaltung eine vierzigprozentige Stärkung der reaktionären Bourgeoisie und zugleich eine vierzigprozentige Stärkung des Parlamentarismus. Unter diesen Umständen ist Wahlbeteiligung geboten (wobei ich die Parlamentsbeteiligung dahingestellt sein lasse).

Der Einwand, eine solche Auffassung sei kleinbürgerlich, weil sie nur durch die Betrachtung des Zustandes im eigenen Lande, und da sogar durch die Betrachtung des augenblicklichen Zustandes eingegeben sei, nicht aber durch die Betrachtung der revolutionären Entwicklung auf der ganzen Welt und durch die Voraussicht auf die kommenden Dinge in dem betreffenden Land selbst, ist hinfällig. Hinfällig deswegen, weil die revolutionäre Weltsituation die Resultante aus der Situation in jedem besonderen Lande ist und die Frage der Wahlbeteiligung oder Wahlenthaltung ja gerade im Lichte des Vorwärtstreibens der revolutionären Entwicklung, beviehungsweise des Kampfes gegen die reaktionäre Entwicklung erörtert wurde. Hinfällig deswegen, weil auch bemerkt wurde, daß bei einer offenbar rasch vorübergehenden reaktionären Welle die Wahlenthaltung das geeignetere taktische Mittel ist. Hinfällig deswegen, weil, wenn die reaktionäre Strömung keine vorübergehende, sondern eine stetige ist, mit aller Entschiedenheit die Auffassung hier zurückgewiesen werden muß, daß ein Politiker des Proletariats die Reaktion jemals gewähren lassen oder gar fördern darf. Dann münden wir in das gleiche pseudo-marxistische Fahrwasser, in dem so manche Sozialdemokraten während des Krieges geschwommen sind, als sie den Imperialismus freudig gewähren ließen, damit sich die Lage des Kapitalismus verschlechtere. Ein angeblich „marxistischer" Fatalismus, welcher die Reaktion begrüßt, um der darauffolgenden Revolution willen, ist keine ernsthafte, sondern eine frivole „historisch-materialistische" Theorie. —

Diese Andeutungen, um den gordischen Knoten der Wahlenthaltung und Wahlbeteiligung auflösen oder auch nur zerhauen zu können, sollen in einem weiteren Artikel besonders an dem Beispiel Deutschösterreichs illustriert und ausgedeutet werden, wobei sich gleichzeitig die Möglichkeit ergeben wird, die Gegenüberstellung von Arbeiterrat einerseits und Wahlbeteiligung für das Parlament andererseits zu besprechen.[1])

Revolutionärer Parlamentarismus.

L. R.

Der zweite Kongreß der Dritten kommunistischen Internationa hat über die Frage des Parlamentarismus entschieden und die Rolle d bürgerlichen Parlaments im revolutionären Kampf des Proletariats g wertet. Er hat die Richtlinien festgelegt, nach denen gehandelt werde muß, um den parlamentarischen Kampf des Proletariats aus dem Sum des Reformismus und aus der Niedertracht der bürgerlichen Korruptio wohin die bisherigen Arbeiterführer ihn gezerrt haben, herauszuhebe und zu einer wirksamen Waffe des Proletariats neben andern gegen d Bourgeoisie zu gestalten.

Gelingt es den kommunistischen Sektionen der einzelnen Länder, diese Richtlinien einzuhalten, so wird auch aus dem bürgerlichen Parlament eine revolutionäre Arena des Proletariats, wo dieses und seine Vertreter denselben Kampf führen werden, der auch an anderen Kampfplätzen in den verschiedenen Räten (Betriebsräten, Arbeiterräten usw.), Fabriken, auf der Straße, in den Gewerkschaften usw., gleichzeitig geführt wird, bis alle diese Kampfhandlungen, in dem bewaffneten Aufstand zusammengefaßt, in die revolutionäre Erhebung des Proletariats ausmünden. So ist der parlamentarische Kampf kein parlamentarischer Kampf mehr, sondern nur ein Kampf, der im Parlament für dasselbe Ziel geführt wird wie anderswo. Der achte Abschnitt des dritten Teiles der Thesen über den Parlamentarismus sagt: „Jeder kommunistische Abgeordnete des Parlaments muß dessen eingedenk sein, daß er kein Gesetzgeber ist, der mit anderen Gesetzgebern eine Verständigung sucht, sondern ein Agitator der Partei, der ins feindliche Lager entsandt ist, um dort Parteibeschlüsse durchzuführen." Das Parlament darf nichts anderes als „eine Tribüne, ein Werkzeug des revolutionären Kampfes, ein Mittel zur Organisation der werktätigen Massen zu ihrer Vorbereitung für den bewaffneten Kampf zwischen Ausbeutern und Ausgebeuteten" sein. Die kommunistischen Abgeordneten müssen im bürgerlichen Parlament „Skandale hervorrufen und die Parlamentsordnung verletzen, sich verhaften und den Gerichten überliefern lassen, ihre Immunität im vollen Maße ausnützen zur Agitation und Propaganda und zur Organisation der Arbeiter für die direkte Aktion". Das Ziel ist die Entlarvung des Parlaments, und zwar (Abschnitt 11): „Die kommunistischen Abgeordneten müssen die Parlamentstribüne zur Entlarvung nicht nur der Bourgeoisie und ihrer offenen Handlanger, sondern auch zur Entlarvung der Sozialpatrioten, Reformisten, der Halbheit der Politiker des ‚Zentrums' und andern Gegnern des Kommunismus und zur breiten Propaganda der Ideen der III. Internationale ausnützen."

Leitsätze allein sind noch keine Gewähr ihrer Einhaltung. Das schönste und revolutionärste Programm kann zu Schanden werden, wenn der erreichte Grad des Klassenkampfes oder aber der entschlossene Wille zu seiner Durchführung fehlt. „Der Parlamentarismus ist ein gefährlicher Boden" — anerkennen auch die Leitsätze. Auf diesem „gefährlichen Boden" wurde das Proletariat schon so manchmal betrogen, gefoppt und verraten, was wird geschehen, wenn der Beschluß der III. Internationale verwirklicht zu werden versucht wird? Wo ist die Gewähr, das der Beschluß nicht Beschluß bleibt und trotz allem der Parlamentarismus seine korrumpierende, verflucht verhängnisvolle Wirkung auf die proletarischen Führer ausübt? Diese Führer sind Menschen, nach den Leitsätzen sollen sie einfache Arbeiter sein — einfache Arbeiter sind ebenso korrumpierbar wie Intellektuelle und geriebene Gewerkschaftsführer.

Die Theorie gibt auf diese Frage Antwort. Und indem die Leitsätze diesen Gefahren institutionell vorbeugen, wird die Gefahr etwas vermindert. Die Führung und die Kontrolle über die parlamentarische Fraktion hat die Partei in der Hand, die parlamentarischen Vertreter können abberufen werden usw. Die Theorie muß sich aber in der Praxis bewähren, um allen Gegnern des Parlamentarismus innerhalb des revolutionär-prole-

tarischen Lagers endgültig beweisen zu können, daß ein revolutionärer Parlamentarismus nicht nur denkbar ist, nicht nur theoretisch formulierbar ist, gleichsam als abstrakte Forderung, sondern unter den gegebenen Verhältnissen auch möglich, daß der erreichte Grad des Klassenkampfes ein solcher ist, welcher die kommunistischen Sektionen den revolutionären Klassenkampf im Parlament zu führen zwingt. Es hängt schon nicht allein von der revolutionären Ehrlichkeit einzelner Individuen (Karl Liebknecht) ab, ob sie auch im Parlament ehrliche kompromißfeindliche Vorkämpfer der Revolution des Proletariats bleiben wollen, sondern alle Sektionen der kommunistischen Revolution müssen im Parlament revolutionär wirken, ob sie wollen oder nicht. Verrat ist nicht ausgeschlossen — das ist eine Frage, die als Irrtum in der Auswahl der parlamentarischen Vertreter bewertet werden muß, oder als individuelles Gebrechen, das aber theoretisch nicht erfaßbar ist — ein Verrat der ganzen Partei aber, wie das die Sozialdemokratie geleistet hat, ist unmöglich in dem Moment, wo die arbeitenden Massen durch den Klassenkampf immer mehr ins selbständige politische Leben und Handeln geschleudert und durch die kommunistischen Sektionen darin geführt und geschult werden. Das ist die einzige Bürgschaft, daß die parlamentarische Tätigkeit der kommunistischen Parteien revolutionär bleibt.

Der erste praktische Beweis der Richtigkeit der Auffassung der III. Internationale liefert nun der Ausgang der Wahlen zum sächsischen Landtag. Es wurden dort 49 Mehrheitssozialisten, Rechtsunabhängige und Kommunisten gewählt, gegen 47 Vertreter der bürgerlichen Parteien. Die Mitgliederzahl des Landtages beträgt 96. 49 Mandate machen die Mehrheit aus, es bilden also die sozialistischen Parteien zusammen die Mehrheit den bürgerlichen Parteien gegenüber. Die neun gewählten Kommunisten entscheiden in Sachsen, ob sich eine „sozialistische" Regierung im sächsischen Parlament halten kann oder nicht.

Wären die Mehrheitssozialisten und die Rechtsunabhängigen tatsächlich „sozialistische Parteien" und wäre das Parlament tatsächlich das Terrain, wo der Klassenkampf endgültig entschieden wird, wie das von den Sozialdemokraten behauptet wird, dann wäre die Pflicht der Kommunisten, in eine sozialistische Regierung ohne Zögerung einzutreten, klar. Nun ist das Parlament in der heutigen Krise der Bourgeoisie nur das eine und nicht einmal das wichtigste Terrain, wo die Frage der Revolution und Gegenrevolution entschieden wird. Die Kommunisten gehen nicht ins Parlament, um dort für die Arbeiter Reformen zu erwirken, nicht weil sie den parlamentarischen Kampf als einen überaus wichtigen Teil der proletarischen Revolution betrachten, im Gegenteil, die vom 2. Kongreß der III. Internationale angenommenen Leitsätze betonen ausdrücklich, daß die Frage des Parlamentarismus eine untergeordnete Rolle spielt, denn das Parlament dient den Kommunisten zu nichts anderem als zur Entlarvung der Bourgeoisie und ihres Parlamentes und zur Zerstörung der demokratischen Illusionen der Massen. Der Schwerpunkt des Klassenkampfes liegt in den Fabriken, in den Arbeiterräten, auf der Straße, in der Vorbereitung des bewaffneten Aufstandes: also auf legalen, aber außerhalb des Parlamentes liegenden, andererseits gänzlich illegalen Gebieten. Deshalb hat eine

der Sektion eines jeden Landes selbst darüber zu bestimmen, welche Taktik sie in den konkreten Wendungen des parlamentarischen Kampfes befolgen will.

Diese Taktik wird natürlich immer davon abhängen, welches Stadium der Klassenkampf des Proletariats im betreffenden Lande erreicht hat. Je schärfer der Klassenkampf, desto mehr wird er außerhalb des Parlamentes geführt, desto mehr verliert die parlamentarische Aktion der Kommunisten neben ihren anderen Aktionen an Bedeutung, besser gesagt, desto mehr werden die anderen Aktionen der parlamentarischen Aktion gegenüber an Gewicht zunehmen. Desto stärker kann es aber wirken, wenn die Kommunisten von der Tribüne des Parlamentes, durch ihre Immunität geschützt, die Bourgeoisie und ihr Parlament entlarven, wenn sie die parlamentarischen Lakaien der Bourgeoisie, die Sozialdemokraten, demaskieren und nach Erfüllung dieser Aufgabe in einem geeigneten Moment das Parlament verlassen und so vor den breiten Massen der Werktätigen dokumentieren, daß das von den Kommunisten verlassene Parlament nichts ist als eine gegenrevolutionäre Organisation der Bourgeoisie. Dadurch, daß die sächsischen Kommunisten trotz ihrer kleinen Zahl einen entscheidenden Einfluß auf die Zusammensetzung der sächsischen Regierung gewannen, haben sie die beste Gelegenheit zur Verrichtung dieser Arbeit der Entlarvung bekommen. Der Klassenkampf ist in Deutschland aufs äußerste gespannt. Die wirtschaftliche Not der Massen, die Arbeitslosigkeit, die Wohnungsnot, die Lebensmittelnot wuchsen ins Unerhörte, die Kapitalisten schließen die Werke oder verkürzen die Arbeitszeit, damit das Proletariat durch den Hunger zum Gehorsam gezwungen werde, die gegenrevolutionären Organisationen der Bourgeoisie warten, bis zu den Zähnen bewaffnet, auf den günstigen Moment, in welchem sie gegen das Proletariat losschlagen können; die besten und mutigsten Proletarier schmachten im Gefängnis — in dieser Lage müßte eine jede proletarische Partei es als ihre dringendste Aufgabe erachten, die Massen auf die unausweichbare Revolution je besser vorzubereiten. Sachsen ist der industriell am meisten entwickeltste Teil Deutschlands. Eine Stadt folgt der anderen, Sachsen ist in Europa am dichtesten bewohnt. Es ist natürlich, daß das sächsische Proletariat durch die kapitalistische Krise und durch die Not der kapitalistischen Sabotage noch mehr leidet als das übrige deutsche Proletariat. Die Klassengegensätze, die im ganzen Reiche überaus scharf sind, gewinnen hier eine noch schärfere Form: Bourgeoisie und Proletariat stehen Auge in Auge einander gegenüber.

Die Bourgeoisie steht in der Orgesch und in anderen gegenrevolutionären Organisationen zum Kampf gerüstet. Das Proletariat aber wird durch die Sozialdemokraten beider Richtungen wehrlos der Bourgeoisie ausgeliefert. Sie tun nicht nur nichts zur Linderung der Not der arbeitenden Klassen, sie verhindern nicht nur die Bewaffnung des Proletariats, sie verhindern auch die Entwaffnung der gegenrevolutionären Organisationen der Bourgeoisie.

So gab der Ausgang der Wahlen den sächsischen kommunistischen Parlamentsmitgliedern eine günstige Gelegenheit, im Interesse des sächsischen, ja des ganzen deutschen Proletariats eine wichtige revolutionäre

Arbeit zu verrichten. Da ohne ihre Unterstützung oder wenigstens ihre Duldung keine „sozialistische" Regierung gebildet werden kann, konnten sie gewisse Bedingungen aufstellen, die der Revolution des Proletariats fördernd sein können und ohne die sie der „sozialdemokratischen" Regierungsbildung ihre Unterstützung versagen können.

Eine kommunistische Partei kann natürlich in keiner Regierung Platz nehmen, die auf dem Boden der bürgerlichen Demokratie steht und mit dem bürgerlichen Parlamente „regiert". Eine kommunistische Partei, die die Errichtung der Diktatur des Proletariats anstrebt, kann unter keinen Bedingungen an einer bürgerlichen Regierung teilnehmen. Sie kann aber eine bürgerliche Regierung — und eine „sozialdemokratische" Regierung ist auch eine solche — dazu zwingen, gewisse Hindernisse aus dem Wege der proletarischen Revolution zu entfernen. Eine bürgerliche Regierung, auch wenn sie sich sozialdemokratisch nennt, bedeutet immer, daß die Macht in den Händen der Bourgeoisie ist. Solange die Bourgeoisie nicht im Klassenkampfe niedergerungen ist oder aber eine Regierung nicht diese Niederringung sich zum Ziele setzt, bleibt sie eine bürgerliche Regierung, wenn auch Hilferding ihr Finanzminister oder Dittmann ihr Arbeitsminister ist. Eine proletarische Regierung hingegen ist nur eine solche, die die Macht des Proletariats verwirklicht. Diese kann nur durch die Diktatur des Proletariats und durch die Räte verwirklicht werden. Dann ist sie aber keine Regierung, die aus Ministern besteht, sondern ein Rat, der aus Volkskommissären besteht. Nicht auf die Namen „Minister" und „Volkskommissär" kommt es an, diese Namen verkünden aber das Wesen einer jeden Regierung. Diktatur der Bourgeoisie oder Diktatur des Proletariats: eine Regierung kann nur eine der beiden Möglichkeiten vollziehen. Es ist natürlich, daß die sächsischen Kommunisten von vornherein den von den „Sozialdemokraten" ihnen zugemuteten Gedanken zurückweisen mußten, in eine Koalitionsregierung mit ihnen einzutreten und so die Verantwortung für eine Diktatur der Bourgeoisie zu tragen. Das wäre Verrat gewesen, nicht aber „praktische Arbeit", wie ihre Politik des Verrats die Sozialdemokraten so gerne nennen, um eben ihrem Verrat einen schönen Namen zu geben. Es blieb den Kommunisten, aber die Aufgabe, eine „sozialdemokratische" Regierung möglich zu machen, sie jedoch vor Aufgaben zu stellen, die zu erfüllen einer heutigen bürgerlichen Regierung unmöglich ist, trotzdem sie dazu dienen, den momentanen Bedürfnissen der Massen abzuhelfen. Die Kommunisten müssen die durch Engels empfohlene Taktik anwenden, sie müssen durchführbare Vorschläge machen. Aber „durchführbar der Sache nach, einerlei ob die bestehende Regierung es kann. Sie müssen zum Sturz der kapitalistischen Produktion führenden Maßregeln vorschlagen, aber solche, die sachlich praktisch, aber für diese Regierung unmöglich sind."

Mit solchen praktischen Vorschlägen werden die Kommunisten zweierlei erreichen: sie müssen den Massen beweisen, daß sie ihre momentane Not nicht mit der Vertröstung auf die Weltrevolution im allgemeinen abtun, sondern praktische, sofort wirksame Maßregeln gegen den Bankerott und Sabotage des Kapitalismus vorschlagen können. Zweitens: sie müssen den Massen beweisen, daß die Sozialdemokratie beiderlei Richtungen

diese Maßregeln nicht anwenden, dieselben zurückweisen, einzig deshalb, weil die Vorschläge revolutionär sind, trotzdem sie gleichzeitig doch praktisch und durchführbar sind. Somit werden die Sozialpatrioten entlarvt. Sie können sich nicht darauf berufen, daß die „sozialistische" Regierungsbildung an den Kommunisten gescheitert ist, die Sozialpatrioten müssen zu den revolutionären Bedingungen und somit zur Revolution offen Stellung nehmen und ihren gegenrevolutionären Charakter selbst enthüllen.

Die Bedingungen der sächsischen kommunistischen Partei sind die folgenden:

Die mehrheitssozialistisch-rechtsunabhängige Regierung soll im schärfsten Kampfe gegen das kapitalistische Unternehmertum sich einsetzen: für eine Amnestie aller politischen Vergehen und Verbrechen; für die ernsthafte Entwaffnung der Konterrevolution, der Orgesch und anderer Selbstschutzorganisationen des Bürgertums; für die Schaffung ernsthafter Selbstschutzorganisationen des Proletariats; für die sofortige Enteignung, Wiedereröffnung und Weiterführung aller stillgelegten und verkürzt arbeitenden Betriebe durch die Betriebsräte; für Versorgung der Arbeitenden mit billigen Lebensmitteln auf Kosten der Besitzenden; für Beschlagnahme aller überschüssigen Wohnräume der Reichen zur Unterbringung der arbeitenden Bevölkerung; für die Wiedereinstellung der Arbeitslosen in die Betriebe durch Wiederaufnahme der stillgelegten und eingeschränkten Betriebe; für die Verpflichtung der Gesamtunternehmerschaft, die Arbeitlosen in voller Lohnhöhe zu unterstützen. In diesem Falle werden die Kommunisten die zu bildende Regierung zur Durchführung dieser Maßnahmen parlamentarisch und außerparlamentarisch unterstützen.

Wie ersichtbar, lauter praktische Forderungen, deren größter Teil dazu dienen würde, der augenblicklichen Notlage der arbeitenden Bevölkerung abzuhelfen. Trotzdem sie praktisch sind, sind sie zugleich revolutionäre Forderungen. In der heutigen Krise des Kapitalismus können eben die praktischen Forderungen der Arbeiterschaft nicht ohne Revolution verwirklicht werden. Aber nicht das Proletariat, sondern der Kapitalismus trägt die Schuld daran, daß das Proletariat nicht einmal seine augenblicklichen Bedürfnisse ohne revolutionäre Maßregeln zu stillen imstande ist. In der Tat, wollte man nur eine der vorgeschlagenen Forderungen der kommunistischen Partei erfüllen, es loderte augenblicklich in hellen Flammen der Bürgerkrieg in Sachsen auf. Man soll versuchen, die Orgesch zu entwaffnen, man soll versuchen, das Proletariat zu bewaffnen, man soll versuchen, die stillgelegten und verkürzt arbeitenden Betriebe zu enteignen, sie wiedereröffnen und durch die Betriebsräte weiterführen zu lassen. Man soll versuchen, die Sabotage der Bourgeosie zu brechen, die Arbeitslosen auf Kosten der Kapitalisten in die Betriebe einzustellen oder aber die Wohnungen der Reichen zu requirieren, um den arbeitenden Proletariern ein Obdach zu verschaffen — sofort wird die demokratische Bourgeosie zu den Waffen greifen und das Parlament samt ihren „sozialistischen" Ministern zum Teufel jagen, oder aber diese Regierung wird gezwungen sein, will sie ihre Maßnahmen wirklich durchführen, die bewaffnete Kraft des Proletariats in Anspruch nehmen; der Bürgerkrieg wäre nicht zu vermeiden, die Revolution wäre da.

Das wissen die Mehrheitssozialisten und die Rechtsunabhängigen sehr gut. Die Mehrheitler hüteten sich wohl, die durch die Kommunisten gestellten Bedingungen zu erörtern und wiesen sie glatt ab. Das können die Rechtsunabhängigen nicht gut tun, da sie gerne als „Revolutionäre" gelten und wenigstens den Schein ihres Revolutionarismus wahren möchten. Deshalb stellen sie auch ihrerseits gewisse Forderungen auf, die sie als minimale Forderungen bezeichnen, ohne die sie keine Koalition mit den Mehrheitlern zu bilden geneigt sind. Vorerst erklären sie, daß sie nur deshalb keine Diktatur des Proletariats und keine Räterepublik in Sachsen errichten, weil die Revolution in Sachsen allein nicht gemacht werden könne und die Reichsverfassung den einzelnen Landen keine genügende Autonomie gewähre, um den Sozialismus im eigenen Rahmen verwirklichen zu können. Also steht dem Sozialismus in Sachsen nichts gegenüber, außer daß er zur Reichsverfassung im Gegensatz steht. Schauen wir uns jetzt die Gegenforderungen der Rechtsunabhängigen an.

Die Bourgeosie ist bis an die Zähne bewaffnet. Die Orgesch steht zum Losschlagen bereit da. Die Kommunisten, wie wir gesehen haben, fordern deshalb die ernsthafte Entwaffnung der konterrevolutionären Organisationen und die ernsthafte Bewaffnung des Proletariats. Die Unabhängigen fordern die Entwaffnung der Orgesch nicht. Sie erwähnen diese demokratische Institution mit keiner Silbe, wahrscheinlich deshalb, weil die deutsche Regierung sie offiziell nicht anerkennt und deshalb sie auch für die Rechtsunabhängigen nicht existiert. Und diese sind zur illegalen Tätigkeit nicht geneigt, auch dann nicht, wenn diese nur aus der Kenntnisnahme einer illegalen Organisation der Bourgeosie besteht. Die Orgesch existiert offiziell nicht, also existiert sie überhaupt nicht. Und da sie nicht existiert, kann man auch ihre Entwaffnung nicht fordern. Hingegen fordern auch sie die Schaffung von „Institutionen" zum Selbstschutz des Proletariats. Natürlich können diese „Institutionen" sein, wie sie wollen. Sie müssen nicht aus der Bewaffnung des Proletariats bestehen. Die Entwaffnung der Bourgeosie und die Bewaffnung des Proletariats wäre das einzige Mittel zur Abwehr von Gegenrevolutionen, zugleich führte aber diese Methode zur Revolution. Das wollen aber die Rechtsunabhängigen nicht, denn das bedeutete nicht nur die Anerkennung der Revolution in Worten, sondern die revolutionäre Tat selbst. Und davor schrecken diese guten Revolutionäre, wie immer, auch jetzt zurück.

Das Proletariat leidet Elend. Die Arbeitslosigkeit steigt ins Riesenhafte. Die Werke sind geschlossen oder arbeiten verkürzt. Die Bourgeosie sabotiert und wirft ihre Arbeiter auf die Straße, diese finden infolge der Wohnungsnot nicht einmal eine Unterkunft für sich und ihre Familie. Die kommunistische Partei fordert sofort wirksame Maßnahmen. Es sind genug Räumlichkeiten in einer jeden Großstadt, nur spreitzen sich die Reichen darin. Es gibt genug Arbeitsgelegenheit, die Bourgeosie sperrt aber ihre Arbeiter aus ihren Werken. Es gibt geügende Lebensmittel, um den Arbeiter besser zu versorgen als es heute geschieht, wenn man nur der Spekulation des reichen Bauers und der Schlemmerei der Reichen einen Damm vorlegt. Deshalb: Requieren der überflüssigen Wohnungen und Räumlichkeiten, Enteignen der stillgelegten Fabriken, Beschlagnahmung

der Lebensmittel, die zur Nahrung der arbeitenden Klassen notwendig sind. Das sind nicht einmal Forderungen des Kampfes für die sozialistische Gesellschaft, das sind Maßnahmen zur Stillung der momentanen Bedürfnisse. Anstatt dessen fordern die Rechtsunabhängigen das Bauen von Wohnungen, nein, nicht einmal das, weil das auch höchst radikal wäre. Sie fordern nur, daß der Wohnungsbau „gefördert" wird. Sie fordern, daß „staatliche Fürsorge zu treffen ist zur Ernährung der werktätigen Bevölkerung, durch befriedigende Lebensmittelsendungen". Von Maßnahmen gegen die Arbeitslosigkeit, von Bekämpfung der Sabotage der Bourgeosie keine Silbe, wahrscheinlich aus demselben Grunde, aus welchem sie von der Orgesch keine Erwähnung taten: der Kapitalismus anerkennt keine Arbeitslosigkeit, also existieren keine Arbeitslosen. Es gibt nur Faulenzer und Arbeitsscheue. Mit ganzer Wucht wird aber das neueste Wundermittel der Hilferdinge, die Sozialisierung, gefordert. Die Kommunisten sagen: Enteignung der Werke, die Rechtsunabhängigen verlangen hingegen, daß die „Sächsiche Regierung entschieden auf die Reichsregierung einwirke, damit die Produktionsmittel und der Warenaustausch sozialisiert werden". Der Warenaustausch in sozialistischer Form, das ist der Sozialismus der Hilferdinge. Diese Forderung wird dann stilgemäß durch die andere, die bürgerliche Demokratie, verewigend ergänzt: die Gemeindereform wird auf der Grundlage der „breitesten Autonomie" gefordert. Also: Erhaltung der kapitalistischen Produktion und des kapitalistischen Warenaustausches „in sozialisierter Form" und Erhaltung der bis an die Zähne bewaffneten deutschen Demokratie.

Auf Grundlage dieser Forderungen haben die Rechtsunabhängigen Sachsens beschlossen, mit den Mehrheitssozialisten zwecks Bildung einer Regierung in Verhandlung zu treten. Diese Regierung wird auch zustande kommen. Sie wird sich aber auch auf die bürgerlichen Parteien stützen müssen, da sie die revolutionären Forderungen der Kommunisten zu erfüllen weder geneigt noch imstande sein wird. Sie wird, trotzdem sie sich „sozialistisch" bezeichnen wird, eine gegenrevolutionäre Politik betreiben müssen. Die Kommunisten aber werden darauf hinweisen können, daß sie geneigt waren, eine die Revolution fördernde Politik im vollen Maße zu unterstützen, sie werden auch dem unaufgeklärtesten deutschen Arbeiter klar machen können, was für „sozialistische" Parteien es sind, welche lieber die Befehle der Bourgeosie ausführen, damit sie ja nicht solche Maßnahmen zu ergreifen genötigt seien, welche der Bourgeosie zwar schaden, dem Proletariat aber sofort wirksam nützen würden.

Damit erfüllen die Kommunisten in Sachsen ihre Aufgabe im Parlament: sie entlarven nicht nur die Bourgeosie, sondern auch ihre Handlanger, die Sozialpatrioten. Sie betreiben einen **revolutionären Parlamentarismus.**

QUELLEN

Anton Pannekoek	Der Imperialismus...., in: VORBOTE, Internationale Marxistische Rundschau, Hg. A. Pannekoek und Henriette Roland-Holst. Nr.1, Januar 1916 (Düsseldorf). S.7-19.
	Die Entwicklung....., in: KOMMUNISMUS, Zeitschrift der Kommunistischen Internationale, 1.Jg. Heft 28/29, 1. August 1920 (Wien: Verlag der KP Deutsc: österreichs. Redaktion: Gerhart Eisler). S.976-1018.
G.L. (Georg Lukács)	Zur Organisationsfrage...., in: KOMMUNISMUS, 1.Jg. Heft 3, 8.Februar 1920. S.14-18.
	Zur Frage des Parlamentarismus, in: KOMM., 1.Jg. Heft 6, 1.März 1920. S.161-172.
Paul Friedländer (Ernst Reuter)	Die Beteiligung...., in: KOMM., 1.Jg. Heft 24, 26.Juni 1920. S.811-820.
L.R. (Rudas)	Revolutionärer Parlamentarismus, in: KOMM., 1.Jg. Heft 46, 14.Dezember 1920. S.1667-1674.

VORBOTE

Internationale Marxistische Rundschau

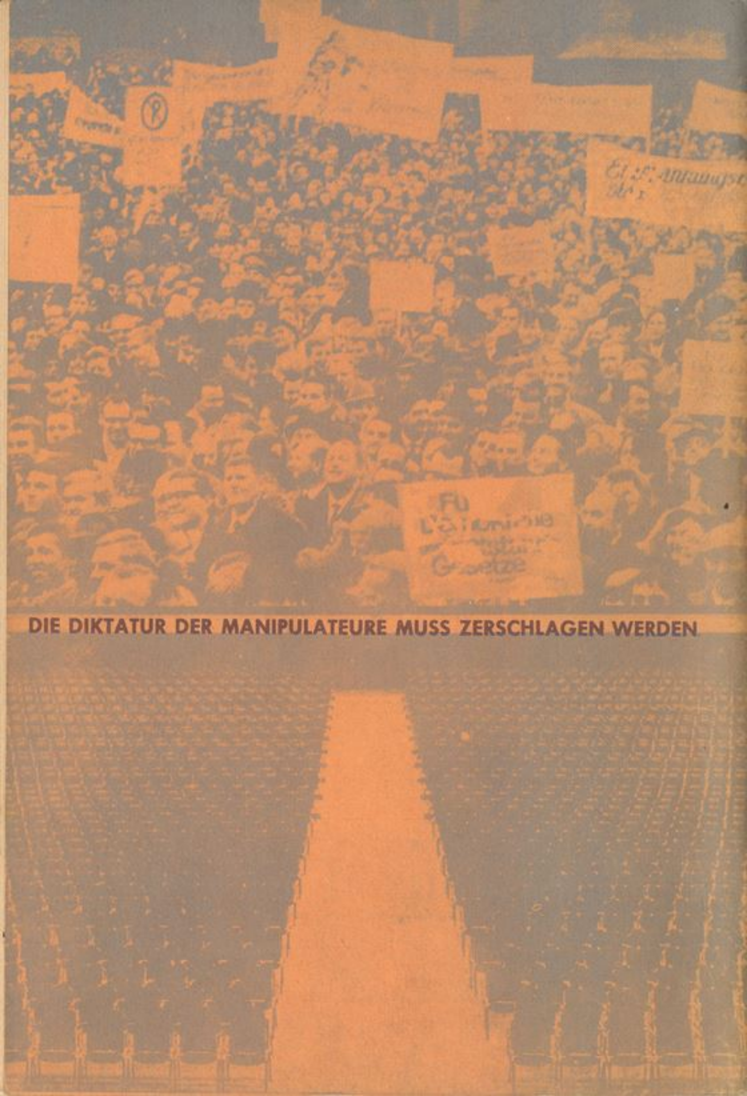
Herausgeber: **Anton Pannekoek** und **Henriette Roland-Holst**

Januar 1916 **Nr. 1**

INHALT:

Preis 50 Pf., 50 Rp., 50 H.

Bestellungen sind an die Adresse: **Fritz Platten, Zürich,** Rotachstrasse 23, **Sendungen** für die Redaktion sind an die Adresse: **Unionsdruckerei Bern,** Kapellenstrasse 6, zu richten.


DIE DIKTATUR DER MANIPULATEURE MUSS ZERSCHLAGEN WERDEN